Mittag=Ausgabe

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 890.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 20. Dezember

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Amtliches.

Berlin, 18. Dezember. Der König hat die Stadtrichter Siemering und Hempel in Königsberg in Pr. und Fritsch, Salomon und Beer in Breslau zu Stadtgerichtsräthen, den Stadt- und Kreisrichter Schmid in Danzig zum Stadt- und Kreisgerichtsrath, den Kommerz- und Admiralitätsrichter Warkentin in Königsberg in Pr. zum Kommerz- und Admiralitätsrath, und die Kreisrichter Goeritz in Roessel, Gruenhagen in Memel, Fetschrien in Hohenstein, Raabe in Neidenburg, Kob in Loetzen, Fabian in Tilsit, Wagner in Gumbinnen, Heinrichs in Marienwerder, Dr. Gerhard in Kulm, Wießner in Jastrow, Hutt in Schwetz, Martini in Neuenburg, Zenthoefer in Kulm, Emmersleben in Graudenz, Blome in Nakel, Weißer in Bromberg, Henke in Pleschen, Sypniewski in Rogasen, Thiel in Graetz, Heinrich in Ostrowo, Wackermann in Krotoschin, Born in Schmiedeberg in Schlesien, Aker in Neumarkt, Kreyher in Namslau, Lbawski in Brieg, Gerlach in Habelschwerdt, Gebel in Neumarkt, Otto in Jauer, Laschinsky in Münsterberg, Stache in Trebnitz, Strützki in Görlitz, Maennel in Grünberg, Sattig in Sprottau, Schiller in Seidenberg, Schmula in Leobschütz, Schmula in Oppeln, Schneider in Grottkau, Philipp in Ratibor, Aschner in Oppeln, Feilhauer in Neustadt Oberschl., Marski in Kosel und Wache in Gleiwitz zu Kreisgerichtsräthen ernannt.

Das Großherzoglich Mecklenb. Schwerinsche Konsulat in Köln ist aufgehoben und sind der Konsul Philipp Overlack sowie der Vizekonsul Arthur Overlack ihrer Amtsfunktionen enthoben worden.

Der bish. Königl. Landbaumeister Hermann Eduard Gustav Krause hierselbst ist zum Königl. Bauinspektor ernannt und demselben eine Bauinspektorstelle bei dem hiesigen Königl. Polizei-Präsidium verliehen, der bei der Ostbahn angestellte Königl. Eisenbahn-Baumeister Mappes zu Danzig in gleicher Eigenschaft nach Insterburg versetzt worden.

Deutscher Reichstag.

31. Sitzung.

Berlin, 18. Dezember, 11 Uhr. Am Tische des Bundesraths Delbrück, v. Kameke, v. Stosch, v. Pfretzschner mit zahlreichen Kommissarien.

Zunächst werden die drei Gesetze betr. das Urheberrecht durch eine definitive Schlußabstimmung und die Anleihe für Zwecke der Telegraphen-Verwaltung in dritter Berathung genehmigt. Alsdann wird über eine große Anzahl von Petitionen, die der Budget-Kommission vorgelegen haben, Bericht erstattet. Abg. Dr. Kapp referirt über die Petitionen betreffend die Lage der Post- und Telegraphenbeamten, welche dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen werden sollen. Die Petitionen beziehen sich bei beiden Kategorien von Beamten auf Verbesserung ihres Gehaltes, sodann bei den Telegraphenbeamten auf Fixirung ihrer Rangverhältnisse und Gleichstellung derselben mit den Postbeamten. Die Budgetkommission mußte anerkennen, daß die Noth in den betreffenden Beamtenkreisen eine wirklich dringende ist, wie die jedes Jahr an den Reichstag gelangten Klagen beweisen. Eine Abhülfe ist hier dringend geboten, und tritt sie nicht in wirksamer Weise ein, so muß nothwendig der Dienst darunter leiden und die Hingebung und Pflichttreue erlahmen, mit welcher diese Beamten bisher ihren schweren Beruf erfüllt haben. Gerade diese Beamten kommen mehr wie alle anderen in häufige und unmittelbare Berührung mit dem Publikum; sie haben daher für das wichtige Moment der Kleidung mehr wie andere aufzuwenden. Die Kommission hat einstimmig beschlossen, diese Petitionen dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Dr. Bamberger: Obwohl ich mich sonst nur schwer entschließe zu Gunsten von Petitionen, welche eine Erhöhung der Ausgaben und eine Mehrbelastung des Steuerzahlers erfordern, das Wort zu nehmen, muß ich doch diese Petitionen dem Hause dringend zur Annahme empfehlen. Die hier in Rede stehenden Beamten, namentlich die Telegraphen-Beamten sind in einem außerordentlich angestrengten, ihre Gesundheit sehr beeinträchtigenden Dienst unausgesetzt mit voller Hingabe zum Dienst und Wohl des Publikums beschäftigt. Doch ist mit einiger Vorsicht zu verfahren und zu bedenken, daß die Theuerung bei stetig wachsender Erhöhung der Gehälter nur schwer nachlassen kann, ja vielmehr gerade dadurch verlängert wird, bis, wenn sie endlich weicht, das Budget des Reiches mit Gehältern, die der Theuerung wegen erhöht wurden, dauernd belastet bleibt. Die Vertreter der Bundes-Regierungen haben in der Kommission auf die Nebenvergütigungen durch Tantième hingewiesen, dessen Beibehaltung für diese Beamten sie empfahlen. Ich habe in dieser Beziehung einigen Zweifel. Wer die Praxis kennt, kommt zu dem Resultate, daß wir hier nur zwischen zwei Fehlern alterniren. Entweder die einzelnen Beamten einer bestimmten Station haben über die Vertheilung der zu expedirenden Depeschen ein Uebereinkommen unter einander nicht getroffen, dann entsteht unter den Beamten ein unausgesetztes Abjagen, das zu Neid und Mißgunst führt und die Kollegialität untergräbt; oder die Beamten theilen sich in die Nebenvergütungen, dann fällt wieder das System der Tantième und der Grund es aufrecht zu erhalten, nämlich einen Anreiz und Sporn zur besseren Bedienung des Publikums zu schaffen. Einen eigentlichen Vortheil vermag ich daher in diesem System nicht zu erblicken zumal die Tantièmen selbst so außerordentlich gering sind. Möchten die verbündeten Regierungen doch diese Lage der Sache beherzigen.

Generalpostmeister Stephan: Man kann über die Bedeutung und Wirkung der sogenannten Tantième-Vergütung sehr verschiedener Meinung sein. Der Vorredner hat ihre Schattenseiten hervorgehoben; ich könnte Ihnen auch Vorzüge derselben vorführen. Jedenfalls fordert der jetzige Zustand der Dinge zu einer eingehenden Erwägung darüber auf, ob es besser sein wird die Nebenvergütigungen beizubehalten, oder aufzuheben und für den Ausfall in anderer und wirksamerer Weise Fürsorge zu treffen. Die verbündeten Regierungen werden diese Frage gewissenhaft prüfen und in Erwägung ziehen und nach den Erfahrungen, welche die gegenwärtige Neuorganisation des Telegraphenwesens an die Hand giebt, zur Entscheidung bringen.

Der Antrag der Kommission wird hierauf vom Hause angenommen.

Von mehreren Petitionen, über welche die Kommission zur Tagesordnung überzugehen empfiehlt, giebt eine, die sich auf die Einführung der Spiritus-Fabrikatsteuer an Stelle der jetzigen Raumsteuer bezieht, dem Abg. Kiepert Anlaß zu der Frage, wie weit die Verhandlungen wegen Einführung des Siemens-Halske'schen Kontrollapparates gediehen seien.

Präsident Delbrück bedauert aus Mangel an Kenntniß hierüber nicht Auskunft geben zu können, da er aus der Tagesordnung nicht habe ersehen können, daß dieser Gegenstand zur Sprache gelangen werde.

Abg. v. Kardorff hält die Herstellung eines Apparates, der gleichzeitig die Quantität, die Hochgradigkeit und die Temperatur des Spiritus angiebt, für eine technische Unmöglichkeit. Schon deshalb sei die Fabrikatsteuer für den Branntwein undurchführbar; aber auch materiell sei sie zu verwerfen, da sie die Landwirthschaften mit leichtem Boden, welche Spiritus fabriziren, nothwendig ruiniren müsse. Dringend empfiehlt der Redner in höherem Maße wie bisher eine Vergütung der Steuer für den zu technischen Zwecken verwendeten Spiritus zu gewähren, dessen Denaturirung in größeren Depots unter Aufsicht der Steuerbeamten, wie sie in England geschieht, gar keine Schwierigkeit habe.

In Bezug auf die betreffende Position selbst tritt das Haus dem Antrage auf Uebergang zur Tagesordnung bei.

Hierauf folgt die dritte Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1876, welche mit einer allgemeinen Debatte beginnt.

Abg. v. Minnigerode: Das Budget, wie es in zweiter Lesung aus der Beschlußfassung des hohen Hauses hervorgegangen ist, ist meiner Partei ein wenig sympathisches, obwohl wir verzichtet haben, unseren Widerspruch im Einzelnen zu begründen. Die Absicht, die Gesammtziffer des Budgets herabzumindern, um neue Steuern zu vermeiden, haben sie einerseits durch die möglichste Beschränkung der Ausgaben, andererseits durch die Erhöhung der Einnahmen zu erreichen versucht. Ersparnisse in den Ausgaben suchten Sie zunächst beim Militäretat zu machen. Auf die Kontroverse in Bezug auf die sächsische Kaserne lege ich im Sinne des Budgets keinen Werth. Obwohl wir das sachliche Bedürfniß der Landwehrmajore anerkannt haben, so haben wir uns doch den Beschlüssen der Majorität angeschlossen, weil uns die Form dieser Forderung, brauchbare Führerkräfte für die Landwehrbataillone durch Verquickung mit den Bezirkskommandeuren zu schaffen, nicht annehmbar erschien. Viele Herren würden, wenn die Regierung in einer geeigneteren Form dasselbe begehrte, diese Forderung bewilligen. Anders war unsere Stellung zu den Streichungen der Kommission im Marineetat, die Regierung hatte durch die etatsmäßige Einstellung von 17 Millionen aus den Ersparnissen alles Mögliche gethan, zumal die Bedürfnisse der Marine in unserem Etat keineswegs befriedigt sind und in anderer Weise aufgebracht werden müssen. Von dem Betriebsfonds der Reichskasse 500 000 Mark und von der Marine- und Telegraphen-Anleihe den gleichen Betrag als Zinsen für die Schatzanweisungen abzusetzen, haben wir abgelehnt. Nach dem Beschlusse des Hauses würden in Zukunft überhaupt nur noch 40,000 M. für derartige Zinsen der Schatzanweisungen in dem Betriebsfonds der Reichskasse zur Verfügung sein, eine Summe, die nicht zu genügen scheint, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie die Zinsen der bisher belegten Reichsfonds, die demnächst zur Verwendung kommen sollen, naturgemäß von Jahr zu Jahr zusammenschrumpfen. Wir hatten um so mehr Bedenken in diese Absetzung zu willigen, weil dieser Posten wesentlich den Charakter eines Durchgangspostens trägt. In Bezug auf die Anleihe für Marine und Telegraphenzwecke und die Verzinsung der betreffenden Schatzanweisungen hatten wir um so mehr Bedenken, da eine Ersparniß sehr zweifelhaft ist. — Ich wende mich nun zu den Versuchen, höhere Einnahmen zu erzielen. In der ersten Lesung bemerkte ich, daß unsere wirthschaftliche Lage lediglich in der überstürzenden Art beruht, in der unsere wirthschaftliche Entwickelung Ende der 50er Jahre stattgefunden hat und hatte exemplifizirt auf das Aktiengesetz. Damals that der Herr Abgeordnete Lasker eine Aeußerung, die in jedem einzelnen Theile nicht richtig ist. Ich bedauere, daß der Herr Abg. Lasker ein persönliches Moment hineingeworfen hat, daß er die konservative Partei damit gebrandmarkt hat, daß er Illusionen auf die bekannten Gründerverhältnisse macht. Ich würde mich sehr freuen, wenn das bekannte Rechtlichkeitsgefühl des Herrn Abg. Lasker ihm Gelegenheit gäbe, seine Aeußerung richtig zustellen. — Die Budgetkommission hat ferner versucht, die Einnahmen dadurch zu vergrößern, daß sie auch einen höheren Münzgewinn eingestellt, eine Maßregel, die meine Freunde und ich für sehr unzweckmäßig halten. Zwei anderen Vorschlägen der Kommission, die Zinsen aus dem Reichsfestungsbaufonds mit mehr als 360 000 M. und aus dem Reichseisenbahnbaufonds mit mehr als 600,000 Mark in den Etat einzustellen, haben wir uns angeschlossen, wie auch dem Vorschlage, die Zinsen der französischen Kriegskostenentschädigung für 1875 mit 3 Millionen einzustellen. Eine Finanzmaßregel dagegen, die eine große Tragweite hat, nämlich die Ueberschüsse des letzten Jahres schon im nächsten Etat einzufügen, hat unsere Zustimmung nicht erhalten. Das Haus hat nach dem Vorschlage der Kommission aus den Ueberschüssen von 1875 wieder zwei Millionen eingefügt. Gegen eine gleiche Maßregel haben wir schon im vorigen Jahre gestimmt, welche bei dem mäßigen Ueberschuß für 1877 doppelt mißlich erscheint, da sie uns bei der Aufstellung des nächstjährigen Budgets empfindlich fehlen werden. Die Kommission hat die höheren Steuern formell durch die Erhöhung der Matrikularbeiträge um ⅔ Millionen beseitigt. Ich habe mich nicht wundern können, da die bewußte Absicht auf der liberalen Seite ja gleich bei der ersten Lesung ausgesprochen war und auch die Stellung der Regierung die zu sein scheint, als ob man nach der letzten Gefechtsstellung mit Gewehr bei Fuß steht und sich der liberalen Partei angeschlossen hat. Ebenso hat sich die Reichspartei, die Partei der vollendeten Thatsachen den großen Majoritäten anschließen müssen. Wir haben trotz der Finanzoperation der Budgetkommission für die Börsensteuer gestimmt und werden dafür stimmen, solange wir Matrikularbeiträge haben, während nur eine finanzielle Krisis eine neue Brausteuer gerechtfertigt hätte. Ich freue mich, daß auch der Reichskanzler in der Hauptsache die Finanzauffassung vertreten hat, welche wir stets zu der unsrigen gemacht haben. Dieser Gedanke wurde durch die Rede eines nationalliberalen Abgeordneten in erster Lesung angeregt, wonach es einzig richtig wäre, Steuern der Einzelstaaten auf das Reich zu übertragen. Ich führte damals aus, man müsse unabhängig von den Budgets der Einzelstaaten neue Reichssteuern schaffen. Fast wörtlich dasselbe hat der Reichkanzler gesagt. Wir würden auf die Vorschläge der Kommisson viel leichteren Herzens eingegangen sein, wenn auf das Jahr 1876 nicht das Jahr 1877 und weitere Jahre folgten. (Sehr richtig!) Ja, meine Herren, das sind Thatsachen (Heiterkeit), die sehr banal klingen, aber die ich berücksichtigen möchte. Wir werden für das Jahr 1877 etwa 5 Millionen Mark Ueberschüsse haben. Ein junges Reich hat nun jährlich neue Ausgaben, denen wir in den Einnahmen folgen müssen. Der Präsident des Reichskanzleramts hat sich sehr reservirt, fast ablehnend den Vorschlägen der Kommission gegenüber ausgesprochen. Ganz natürlich, weil ein Streit auf finanziellem Gebiete sehr verhängnißvoll sein würde. Auch gilt ein Budget ja nur für ein Jahr, nach dessen Verlaufe man sich über die Folgen der Finanzpolitik klar wird; die Folgen sind also nicht so schlimm. Wir werden also praktische Politik treiben und das Gesammtbudget nicht ablehnen, wir werden aber der Majorität die Verantwortung für die einschneidenden Aenderungen des Budgets überlassen, denn einen solchen Nothbehelf nennen wir nicht Finanzpolitik.

Abg. Richter (Hagen): Meine Herren, ich habe kein Bedürfniß, die gesammte Etatsverhandlung heute zu rekapituliren, nur gegen eine Voraussetzung will ich mich verwahren. Wir haben die Landwehrbezirks-, die aktiven Stabsoffiziere als Landwehrbezirkskommandeure abgelehnt nicht wegen der Verquickung der Vermehrung der Stabsoffiziere mit der Landwehrbezirksverwaltung, sondern weil wir überhaupt eine Vermehrung der aktiven Offiziere nicht für gerechtfertigt halten. Ich würde der Rede des Vorredners meinen vollen Beifall schenken, wenn er sie nicht heute, sondern erst am Montag, nicht hier, sondern auf dem Lande vor seinen Wählern gehalten hätte, wo sie auf solche Wähler, die den gesammten hiesigen Verhandlungen nicht gefolgt sind, wohl Eindruck machen könnte. Für mich hat die Rede wesentlich nur ein pathologisches Interesse (Heiterkeit), sie ist nur ein Beweis der tiefen Niedergeschlagenheit, welche sich der konservativen Partei darüber bemächtigt hat, daß auch in diesem Jahre ihr Programm, neue „Steuern unter allen Umständen" wiederum nicht in Erfüllung gegangen ist, daß sie auch jetzt im Stande ist, ihren nicht Wählern zum Weihnachtsangebinde eine Vermehrung der Lasten, sei es Erhöhung der Matrikularbeiträge oder neue Steuern zu geben. (Heiterkeit) Indessen, meine Herren, lassen Sie sich doch nicht zu sehr von dieser Niedergeschlagenheit bemächtigen, trösten Sie sich doch mit der Zukunft, mit der Aussicht auf die nächsten Wahlen. Nachdem hier von anderen Seiten Wahlreden gehalten sind, haben Sie einige Aussicht, daß Ihr politisches Wahlprogramm in den Herzen aller Landräthe, Kreissekretäre und Gensdarmen neu belebt und gekräftigt wird. (Heiterkeit.) Vielleicht ermöglicht Ihnen auch diese Aussicht, vergnügte Feiertage zu feiern. Zum neuen Jahre aber wünsche ich, daß der konservativen Partei im Hause ein so frischer, fröhlicher, freier und mit den Thatsachen so gänzlich unbekannter Vorkämpfer, wie Herr v. Minnigerode, noch lange erhalten bleibe. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Rickert: Auch ich bedauere, daß Herr v. Minnigerode jetzt in der dritten Lesung, nachdem Präsident Delbrück ausdrücklich die Erklärung abgegeben hat, es lasse sich mit dem Budget, wie es in zweiter Lesung festgestellt worden sei, eine geordnete Finanzverwaltung führen, die Beschlüsse dieses hohen Hauses in einer Weise angreift, die nur beweist, daß er in Bezug auf die Details dieser Beschlüsse in keiner Weise unterrichtet ist. Ich verzichte, auf alle Einzelnheiten einzugehen, bin aber erbötig, Herrn v. Minnigerode privatim den Nachweis zu liefern, daß er die Beschlüsse der Budgetkommission und die später erfolgten des Hauses nicht richtig verstanden und daß er von der Tragweite der in diesen Beschlüssen liegenden Finanzpolitik eine ganz unrichtige Auffassung hat. Herr v. Minnigerode hat gesagt, die Bestände, die wir in diesen Etat aufgenommen haben, seien da, es werde aber eine Zeit kommen, wo sie nicht mehr da sein werden. Diese Behauptung ist nicht neu und vollkommen richtig, die Kommission hat das gewußt und das Haus auch. Die Bestände, die da sind, sind aber dazu da, damit sie verbraucht werden. Man erhebt nicht neue Steuern, um mehr Bestände zu machen, und eine solche Finanzpolitik werden wir auch in Zukunft nicht treiben. Dem Programm des Herrn v. M. stelle ich das unsrige entgegen: Im vorigen Jahre haben Sie und insbesondere Herr v. M. sich lebhaft dafür interessirt, daß die Matrikularbeiträge um 25½ Millionen Mark erhöht wurden. Meine Herren, die Majorität des Hauses hat den Nachweis geliefert, daß eine solche Erhöhung nicht nothwendig war, und die Finanzverwaltung ist auch ohne diese Erhöhung geführt worden. Nun, m. H., wenn sie damals die Erhöhung angenommen hätten unter der ausdrücklich ausgesprochenen Voraussetzung, daß das bleibende Niveau sein sollte, sind Sie der Meinung, es hätten sich dann nicht die entsprechenden Ausgaben im Etat für 1876 gefunden und wir wären für 1876 von der Höhe der Matrikularbeiträge heruntergegangen? Sie hätten eine dauernde Erhöhung um 25½ Millionen herbeigeführt, die wir verhütet haben. Die Finanzpolitik dieses Jahres, die Herr v. M. vertreten hat, war die: dieselbe Höhe der Matrikularbeiträge und 16 Millionen neue Steuern (hört! hört!). Die Mehrheit dieses Hauses hat im Einverständniß mit der Budgetkommission den Nachweis geführt, daß diese neuen Steuern nicht nothwendig sind und daß wir mit denselben Matrikularbeiträgen in derselben Höhe auskommen. Wenn Herr v. Minnigerode sagt, auf das Jahr 1876 folgt das Jahr 1877, so ist das auch richtig und absolut unbezweifelbar. (Große Heiterkeit.) Aber das Jahr 1877 wird seine Sorge für sich haben und ich meine, daß die Budgetkommission und mit ihr das hohe Haus sehr vorsichtig gewesen ist, daß es die Ueberschüsse des laufenden Jahres, wozu es vollständig berechtigt war, nicht einmal angegriffen hat. Machen Sie doch immer Ihre düsteren Prophezeihungen weiter. Sie haben im vorigen Jahre gesagt, das Defizit dieses Jahres würde größer sein. Was haben wir gesehen? Das Defizit war kleiner, aus 25½ Millionen sind 16 Millionen geworden. Wir werden uns im nächsten Jahre sprechen, ob Ihre Prophezeihungen richtig sind. Zu einer Finanzpolitik, die im Jahre 1876 neue Steuern erheben will, um den Etat des Jahres 1877 zu balanciren, werden wir auf dieser Seite uns nun und nimmermehr verstehen. (Zustimmung.) Wir erheben im laufenden Jahr die Steuern, welche zur Erfüllung der Aufgaben desselben nothwendig sind, und diese Finanzpolitik werden wir auch in Zukunft treiben, und ich habe die Hoffnung, daß die Bewohner des deutschen Reiches mit dieser Finanzpolitik einverstanden sein werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Lasker: M. H! Nachdem die finanzielle Seite des Programms des Abg. v. Minnigerode von den beiden Abgeordneten auf unserer Seite nach Verdienst gewürdigt worden ist, bleibt mir nur noch übrig, über den wirthschaftlichen Theil ein Wort zu sprechen. Der Abg. v. Minnigerode hat mir in einem Punkte einen Dienst geleistet, wofür ich ihm sehr dankbar bin. Er hat eine Angelegenheit zur Sprache gebracht, von der er behauptet, daß sie in den Kreisen seiner politischen Freunde unangenehme Gefühle hervorgerufen habe. Es hat mir wirklich fern gelegen, einen solchen Erfolg herbeizuführen. Herr v. Minnigerode übersieht, daß er in der ersten Berathung des Etats nicht blos über das Aktiengesetz gesprochen, sondern die liberale Partei wegen der ganzen wirthschaftlichen Gesetzgebung seit den sechziger Jahren bis heute angegriffen hat, auf welche nach seiner Behauptung die schlimme Lage im Lande zurückzuführen ist. Ob es nöthig war, bei Gelegenheit der Budgetberathung eine derartige Parteipolitik in den Vordergrund zu stellen, lasse ich für jetzt unkritisirt. Auch meine Meinung ist es, daß die Behandlung der Landesangelegenheiten gewinnt, wenn man sie auf das sachliche Gebiet beschränkt und nicht die Absicht damit verbindet, nach außen hin gegen eine Partei zu wirken und sie vor dem Volke zu schmähen. Ich erkenne an, daß wenn ich mich hineinziehen lasse, diesen Weg zu betreten, auch ich nicht richtig verfahre. Aber wir Redner können hier unsere Worte nicht immer genau abzirkeln, sondern müssen auf einen Angriff in einer Weise antworten, die denselben zurückweisen soll, wobei es allerdings möglich ist, daß man mit dem einen oder anderen Worte die Grenze überschreitet, die besser einzuhalten

gewesen wäre. Das Haus wird mir die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß die Provokation des Führers eines Theils der konservativen Partei nicht unwiderlegt bleiben konnte. Ich bin nun bei der Betrachtung der wirthschaftlichen Verhältnisse noch objektiv weiter gegangen, indem ich gesagt habe, nicht die wirthschaftlichen Gesetze mit Ausnahme des Aktiengesetzes hätten die Lage verschuldet, sondern das Verhalten außerhalb der gesetzgeberischen Kreise und die tolle Ueberspekulation, welche ich eine schwindelhafte nannte, und als ich dann hinzufügte, in allen Kreisen sei gesündigt worden, insbesondere auch in den konservativen — so bekenne ich offen, daß dieser Zusatz besser unterblieben wäre. Ich habe ihn nur ausgesprochen, weil ich die Insinuation zurückweisen wollte, daß die liberale Partei allein mit Recht beschuldigt werde für Dinge, die durch ein Zusammenwirken vieler Umstände herbeigeführt sind. Ich erkenne an, daß wo ein Volksvertreter die Pflicht hat, Dinge zu tadeln, welche außerhalb dieses Hauses vorgehen, er nicht eine Partei für das Benehmen einzelner Mitglieder derselben verantwortlich machen soll. Ich weiß, daß wenn es sich um Eigennutz handelt, es kein Privilegium irgend eines politischen Bekenntnisses ist, sich gegen die Anlockungen auf der richtigen Grenze zu halten. Ich gebe zu, daß jedes meiner Worte, welches die Meinung hervorrufen könnte, daß ich eine besondere politische Partei für das Verhalten einzelner Mitglieder verantwortlich mache, nicht meiner Absicht entsprochen hat. Ich hoffe, man wird auch in Zukunft einsehen, daß mein Bestreben dahin geht, Dinge, die im öffentlichen Interesse gesagt werden müssen, nicht zu verbittern durch einen Zusatz von persönlichen Angriffen, die persönliche Gereiztheit hervorrufen müssen. Soviel war ich heute schuldig, dem Abg. v. Minnigerode zu erwidern.

Präsident Delbrück: Meine Herren, ich will nicht in die eben geführte Diskussion nach der einen oder andern Seite hin eintreten. Ich habe nur die Verpflichtung zu erklären, daß nachdem das Haus durch die Beschlüsse der zweiten Lesung die Anträge der Budgetkommission angenommen hat, der Bundesrath über seine Stellung zu diesen Beschlüssen in Berathung getreten ist und ich das Ergebniß dieser Berathung kurz dahin bezeichnen kann, daß der Bundesrath derjenigen Auffassung beigetreten ist, welche ich bei der zweiten Lesung als die der Reichsfinanzverwaltung mitgetheilt habe.

Die allgemeine Diskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. v. Minnigerode: Der Abg. Richter hat bedauert, daß ich meine Ausführungen nicht erst am Montage gemacht habe. Ich erkläre dem gegenüber, daß ich mit Rücksicht auf diese Auffassung schon heute nicht für ihn gesprochen habe und daß seine oratorischen Gewohnheiten nicht immer die meinigen sind.

In der Spezialdebatte der fortdauernden Ausgaben ergreift bei dem Etat des Reichskanzleramtes das Wort der Abg. Zinn: Die Summe von 48 000 M. für das Reichsgesundheitsamt ist eine viel zu geringe, im Vergleich mit den Aufwänden anderer Staaten für diesen Zweck eine verschwindend kleine. Die Stadt Newyork giebt dafür jährlich allein 139,000 Dollars aus. Ich gebe allerdings zu, daß bei der Neuheit der Institutionen bei uns große Vorsicht geboten ist und will deshalb hier keinen Tadel aussprechen. An der Spitze des Reichsgesundheitsamtes muß ein Arzt und nicht ein Verwaltungsbeamter stehen, ich halte einen solchen in diesem Amt überhaupt für überflüssig. Man will Sachverständige aus den einzelnen Staaten zu Berathungen einberufen; ich gebe zu erwägen, ob es nicht besser wäre, auf den ursprünglichen Plan zurückzukommen, vier außerordentliche Mitglieder zu ernennen, die zeitweilig einzuberufen wären. Die Gesetzgebung würde sich dann in konsequenter und systematischer Weise entwickeln. Ich trete dem Wunsche des Abg. Sombart bei, in die Zahl der außerordentlichen Mitglieder einen Veterinärbeamten aufzunehmen, um solchen Zuständen ein Ende zu machen, wie sie im Jahre 1872 bestanden, wo die Landwirthe der östlichen Provinzen Preußens in totaler Unkenntniß darüber, daß die Grenze Ostfrieslands gegen Holland wegen der dort herrschenden Lungenseuche abgesperrt sei, Vieh von dort bezogen. Herr v. Schorlemer meinte, die Aerzte würden einen Veterinärbeamten nicht neben sich dulden. Die heutigen Aerzte sind nicht so zünftig, daß sie nicht einen tüchtigen Veterinärbeamten neben sich anerkennen sollten. Die Reichsämter müssen unabhängig und nicht blos Anhängsel der Ministerien, namentlich des preußischen sein. Diese Unabhängigkeit ist theilweise zu vermissen. Vom politischen Standpunkt aus wird die Entwickelung des Reichs und das Ansehen der Reichsbehörden schwer geschädigt, auch wenn nur der Anschein einer Abhängigkeit dieser Reichsämter von den preußischen Ministerien besteht; besonders gefährlich wäre dies bei dem Reichsgesundheitsamt. Ich möchte in dieser Beziehung den Reichskanzler und das Reichskanzleramt vor Preußen warnen.

Präsident Delbrück weist zur Beseitigung der zuletzt ausgesprochenen Befürchtungen des Vorredners darauf hin, daß das Reichsgesundheitsamt gerade aus dem fühlbaren Bedürfniß hervorgegangen sei, in dieser Beziehung eine eigene technische Behörde zu haben und sich vom preußischen Ministerium zu emanzipiren.

Abg. Lasker: Während wir immer geneigt gewesen sind, die Regierung bei der Errichtung neuer Aemter zu unterstützen, sind wir uns dessen bewußt gewesen, daß die neuen deutschen Aemter nach ihrer Ausstattung keineswegs das sind, was wir uns unter solchen Aemtern vorstellten. (Sehr richtig.) Wir haben im vorigen Jahre auch bei Gelegenheit des Reichsjustizamtes gehört, daß es selbstständig und in einem Umfange ausgestattet werde, in welchem wir wirklich von einem Reichsjustizressort hätten sprechen können. Unsere Warnung ist nicht gehört worden, die Probe auf das Exempel ist bereits gemacht, und ich glaube, daß diejenigen, welche den Gang der Justizgesetzgebung aufmerksam verfolgt haben, überzeugt sind, daß wir bis jetzt das starke Amt, das wir durch das selbstständige Reichsjustizamt haben erreichen wollen, nicht erreicht haben. (Sehr richtig! links.) Nur wenige in diesem Hause werden nicht fest überzeugt sein, daß die Einrichtung der heutigen deutschen Aemter rein provisorischer Natur ist und lediglich entsprechend den jetzigen zufälligen Umständen, wie sie durch eine mächtige Persönlichkeit an der Spitze der Regierung und der Verwaltung repräsentirt werden. (Sehr richtig!) Die größte Mehrheit des Hauses findet die wichtigste und ruhmvollste Aufgabe für den Leiter der deutschen Angelegenheit in diesem Augenblick in einer festen und starken Organisirung von deutschen Reichsämtern, welche zugleich das Bewußtsein der vollen Verantwortlichkeit, ja sogar die Verantwortlichkeit selbst haben (Sehr richtig!), damit wir nicht immer Bundesrath, Regierungen und Reichsämter und doch keine greifbare Person vor uns haben, welche faktisch die Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen in der Lage ist. (Hört! hört! links.) Wir sind der Meinung gewesen, daß wir mit der Begründung solcher Aemter eben erst den Anfang machen und so lange noch ein Funken von Hoffnung in uns bleibt, daß die Reichsregierung selbst diese ruhmvolle Aufgabe aus eigener Initiative in Angriff nehmen wird, glauben wir uns noch einstweilen zurückhalten zu können, um selbst mit dieser Vervollkommnung des deutschen Reiches vorgehen zu können oder mindestens einen stärkeren Impuls zu geben, als dies durch Reden einiger Mitglieder im Hause der Fall sein kann. Wir nehmen auch jetzt den ersten schwachen Anfang in der Erwartung einer baldigen kräftigeren Organisation an. (Beifall.)

Bei dem Etat des auswärtigen Amts verlangt das Wort Abg. Sonnemann: Was ich zu sagen habe, konnte ich erst heute vorbringen, da die betreffenden Aktenstücke mir erst in den letzten Tagen zugegangen sind. Es handelt sich um das deutsche Konsulat in Nizza. Es ist mir bekannt, daß dem auswärtigen Amte verschiedene Beschwerden über die Thätigkeit des deutschen Konsuls zu Nizza, eines Herrn Schenking zugegangen sind; erstens allgemeine Beschwerden, unterzeichnet von einer großen Anzahl der dort lebenden Deutschen, und zweitens eine besondere Beschwerde über einen Fall, der in Nizza großes Aufsehen erregt hat, und wiederholt vor den Gerichten verhandelt worden ist. Die Anklagen richten sich dahin, daß der deutsche Konsul in Nizza seine dortige Stellung mißbrauche, um sich persönliche Vortheile zuzuwenden. Ich bin natürlich nicht in der Lage, streng zu untersuchen, ob alle diese Beschwerde gerechtfertigt. Sie sind aber in Nizza so allgemein laut geworden, daß, nachdem sie, wie ich gehört, vom Auswärtigen Amte nicht beantwortet worden sind, es am Platze sein dürfte, sie im Reichstage zur Sprache zu bringen. Von vielen Fällen, die mir zur Kenntniß gekommen sind, will ich nur den einen erwähnen. Ein Deutscher, der dort mit seiner längst großjährigen Schwester lebte, verstarb und hinterließ eine ziemlich bedeutende Erbschaft. Nach den Gesetzen war das Einschreiten der Konsuls nicht geboten, da die Schwester großjährig war, er hatte nur eine Beglaubigung auszustellen. Die Erbin oder vielmehr deren Vertreterin ließ die Bescheinigung durch den evangelischen Geistlichen in Nizza nachsuchen. Sowie der Konsul Nachricht vom Todesfalle erhalten hatte, ließ er sich die Erbschaft, statt die Beglaubigung zu ertheilen aushändigen. Ich will nicht untersuchen, ob er dazu berechtigt war. Die Hauptsache ist, daß er für die Einkassirung der Erbschaft 997 Franken, ferner an Spesen 116 Franken und an offiziellen Spesen noch 114 Franken liquidirte. Auf die Beschwerde der Erbin kam die Sache vor die Gerichte und es erklärte in der Verhandlung darüber der Staatsanwalt in Nizza: „Die Sache sei so delikater Natur, daß er in Verlegenheit wäre, dafür das richtige Wort zu finden, ohne das dasselbe zugleich als eine Injurie für die Vertretung des Reiches jenseits des Rheins gedeutet werden könnte. Er beschränke sich darauf, anzudeuten, daß es scheine, der Konsul habe neben seinem Konsulat eine Art „Offizin“ gehabt, wo man sehr theuer bezahle und habe hier nicht als Konsul, sondern als agent d'affaires gehandelt. Das Tribunal solle sich daher kompetent erklären und ihn zum Schadenersatz und in die Kosten verurtheilen.“ Das Gericht entschied demgemäß und der Konsul wurde zu den Kosten und zu einem erheblichen Schadenersatz verurtheilt. Der Pastor Mader spricht in einem handschriftlichen Zeugnisse vom 21. November cr. sich ebenfalls sehr ungünstig über die Handlungen des Herrn Konsuls in Geldangelegenheiten aus, daß derselbe jede derartige selbst nicht zu seiner Kompetenz gehörende Angelegenheit an sich reiße und zu seinem Nutzen ausbeute. Dagegen erklärt er, daß er zugleich mit der Anzeige von diesem Todesfall den Konsul aufgefordert habe, sich um einen anderen schwerkranken Deutschen zu bekümmern, der im Hospital zu Nizza lag. Der Konsul hat das nicht gethan; er hat zuerst gefragt, ob der Mann Vermögen habe; und als das verneint wurde, sich nicht um den Mann gekümmert. Auf andere Fälle will ich nicht eingehen. Die Papiere, die ich hier habe, stehen selbstverständlich dem Auswärtigen Amte zur Verfügung, da bereits anderweitige Anklagen an das Auswärtige Amt gelangt sind, möchte ich anfragen, ob das Auswärtige Amt gewillt ist, gegen den Konsul Schenking eine Untersuchung einzuleiten, und falls dieselbe die Grundlosigkeit der erhobenen Anklagen ergeben sollte, werde ich das gern an dieser Stelle erklären.

Abg. Dr. Braun: Man sollte doch nicht die Gelegenheit der dritten Lesung dazu benutzen, um solchen subjektiven Empfindungen Ausdruck zu geben, die konsequenter Weise dahin führen mußten, daß wir bei Gelegenheit der dritten Lesung sämmtliche Beschwerden gegen sämmtliche Reichsbehörden zu prüfen bereit sein müßten. Was von dem Vorgebrachten richtig, was unrichtig ist, wissen wir nicht. Wir befinden uns in dem gegenwärtigen Augenblick auch nicht in der Lage, diese Dinge zu untersuchen, und ich glaube auch nicht, daß man in einem Augenblick, wo weder die Möglichkeit einer geregelten Verhandlung, noch das Vorhandensein eines Berichtes vorausgesetzt werden kann, in der Lage ist, dergleichen Anklagen zu erheben. Ich betrachte das, was unter dieser Zwangslage vorgetragen worden ist, für meine Person als nicht gesprochen.

Kommissar Legationsrath Goehring: Obwohl ich der Bemerkung des Abg. Braun zustimme, kann ich mich doch nicht enthalten, auf die hier vorgebrachten Beschwerden zu antworten, die theils allgemeine sind, theils spezielle sind. In ersterer Beziehung ist allerdings vor längerer Zeit eine Petition mehrerer in Nizza ansässigen Deutschen mit Beschwerden über einzelne theils amtliche, theils außeramtliche Handlungen des dortigen Konsuls eingegangen. Die in Folge dessen eingetretenen Erörterungen im auswärtigen Amte sind noch nicht abgeschlossen, werden aber jedenfalls in der eingehendsten Weise fortgeführt werden. In Bezug auf den hier vorgebrachten speziellen Beschwerdepunkt werden, soweit sich Veranlassung bietet, ebenfalls vollständige Ermittelungen eintreten.

Bei dem Militäretat spricht Abg. Liebknecht gegen die Kommandanturen, die, wie aus den Motiven deutlich herauszulesen sei, nur zu dem Zweck eingerichtet worden seien, um gelegentlich das Volk niederzuschießen. Der Präsident ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung und fordert ihn zweimal auf, bei der Sache zu bleiben, widrigenfalls werde er das Haus befragen, ob Hrn. L. das Wort zu entziehen sei. Der Redner schließt mit der Versicherung, daß er es dem Hause und dem Reichskanzler getrost überlassen könne für seine Sache, den Sozialismus, zu agitiren. Der Präsident bemerkt, daß er die angekündigte Frage an das Haus richten würde, wenn der Redner nicht bereits die Tribüne verlassen hätte.

(Schluß folgt.)

Außerordentliche Generalsynode.

Berlin, 18. Dezember. 21. Sitzung. Präsident Graf Otto zu Stolberg eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr und wird sofort in die Tagesordnung: Berathung der folgenden Resolutionen, welche von der 1. Kommission zur Annahme empfohlen worden, eingetreten. „Die Synode betrachtet die vorliegende Ordnung dergestalt als ein untrennbares Ganzes, daß sie eine landesgesetzliche Anerkennung aus der Kreis- und Provinzial-Synodal-Ordnung ohne gleichzeitige landesgesetzliche Anerkennung der Generalsynode, soweit solche erforderlich, nicht als annehmbar erachtet.“

Hierzu beantragt Dr. Schrader folgende Fassung: „Die Synode nimmt von der Erklärung des Ministers der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten vertrauensvoll Kenntniß und stimmt ihm in der Anerkennung der vorliegenden Ordnung als ein ungetheiltes Ganzes zu. — Dr. Schrader motivirt seinen Antrag dadurch, daß er es für geboten halte, nach der neulichen Erklärung des Kultusministers demselben ein Vertrauensvotum zu geben. Dies bezwecke sein Antrag. Ohne Diskussion wird der Antrag angenommen. Es folgt die Diskussion über die von der zweiten Kommission vorgeschlagenen Resolutionen I. III. und IV bezüglich der der Synode vorgelegten Denkschrift des evangelischen Ober-Kirchenraths vom 9 Dezember d. J. zu § 38. Diese Anträge lauten:

I. Bei Durchberathung der Denkschrift des Evangelischen Ober-Kirchenraths vom 9. November 1875 hat die Kommission für das nach § 38 des Entwurfs zu erlassende Staatsgesetz die nachstehenden leitenden Grundsätze anerkannt: 1) Die Verwaltung und Leitung der Angelegenheiten der Evangelischen Landeskirche, soweit solche bisher von Staatsbehörden geübt ist, geht nach Abschluß des kirchlichen Verfassungswerks auf die kirchenregimentlichen Behörden über. 2) Die nachstehend aufgeführten kirchlichen Angelegenheiten: a) Die Anordnung und Vollstreckung der zur Aufrechthaltung der äußeren kirchlichen Ordnung erforderlichen polizeilichen Vorschriften, b) die Regulirung des Interimistikums in streitigen Kirchen-, Pfarr- und Küsterbausachen, sowie die Vollstreckung der interimistischen Entscheidung, c) die Beitreibung kirchlicher Abgaben, d) die Aufsicht über die Kirchenbücher, soweit dieselben noch als Staatsregister gelten, — sind als zur Zuständigkeit der königl. Staatsbehörden gehörig auch ferner anzuerkennen. Die Ausstellung von Legitimationsattesten für die Gemeindekirchenräthe bei Vornahme einzelner Geschäfte, sowie der Atteste über Kostenfreiheit kirchlicher Institute steht für die evang. Kirche fernerhin ihren kirchlichen Aufsichtsinstanzen zu. 3) Ein Zusammenwirken der Kirchen- und Staatsbehörden bei Veränderung bestehender und Bildung neuer Pfarrbezirke findet auch ferner statt. 4) Außer den in dem Gesetz vom 25. Mai 1874, betreffend die Kirchengemeinde und Synodalordnung, vorgesehenen Fällen, bedarf es auch fernerhin für die evangelische Landeskirche der Genehmigung der Staatsbehörde: a) bei dem Erwerb, der Veräußerung oder dinglichen Belastung von Grundeigenthum, b) bei der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwerth haben, c) bei Anleihen im Sinne des § 31 Nr. 3. der Kirchengemeinde-Ordnung, d) bei dem Bau neuer, für den Gottesdienst, die Geistlichen oder andere Kirchendiener bestimmten Gebäude, e) bei der Anlegung oder veränderter Benutzung von Begräbnißplätzen, f) bei der Einführung oder Veränderung von Stolgebührentaxen, g) bei der Ausschreibung, Veranstaltung oder Abhaltung von Sammlungen außerhalb der Kirchengemeinde, h) bei einer Verwendung des kirchlichen Vermögens zu anderen als den bestimmungsmäßigen Zwecken, außerhalb der in § 31 Nr. 10 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10 Sept. 1873 zugelassenen Grenzen, ist bei Schenkungen und letzwilligen Zuwendungen nach Maßgabe des Gesetzes vom 23. Febr. 1870. 5) Die staatliche Oberaufsichtsbehörde ist berechtigt, von der kirchlichen Vermögensverwaltung Einsicht zu nehmen, zu diesem Behufe die Etats und Rechnungen einzufordern, sowie außerordentliche Revisionen vorzunehmen und auf Abstellung etwa vorgefundener Gesetzwidrigkeiten, nöthigenfalls durch Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel zu dringen. 6) Die auf dem landesherrlichen Patronate beruhenden vermögensrechtlichen Befugnisse und Obliegenheiten der Staatsbehörden werden durch das zu erlassende Gesetz nicht berührt. Desgleichen bewendet es in Betreff der Besetzung der kirchlichen Aemter landesherrlichen Patronats bei den bestehenden Bestimmungen. Für die Besetzung kirchenregimentlicher Aemter ist zu erstreben, daß den staatlichen Behörden gegen die Vorschläge der kirchenregimentlichen Behörden nur noch ein Einspruchsrecht zusteht. — Die Kommission beantragt: diesen Grundsätzen zuzustimmen und dieselben als maßgebend für das nach § 38 des Entwurfs der Generalsynodalordnung zu erlassende Staatsgesetz anzuerkennen.

II. Unter Hinweisung auf Nr. VII der Denkschrift des evangelischen Oberkirchenraths folgende Resolution anzunehmen: Die außerordentliche Generalsynode anerkennt mit Dank die Seitens der königlichen Staatsregierung der evangelischen Landeskirche durch Gewährung der erforderlichen Mittel bisher zugewendete Fürsorge; glaubt aber aussprechen zu sollen, daß die Gewährung einer festen, ihren wesentlichen Bedürfnissen entsprechenden Dotation zu einer Bedingung der selbstständigen und vollen Lebensentfaltung der evangelischen Landeskirche je länger je mehr geworden ist. Von bestimmten Anträgen in dieser Richtung abzusehen in der Hoffnung, daß die kgl. Staatsregierung nach Aufrichtung des gegenwärtigen kirchlichen Verfassungswerks bereit sein werde, jenem Bedürfnisse der evangelischen Landeskirche, sobald die Staatsmittel es gestatten, wohlwollende Rechnung zu tragen. — Imgleichen erachtet die außerordentliche Generalsynode es für wünschenswerth, daß bezüglich derjenigen Staatsfonds, welche für die evangelische Landeskirche nicht ausschließlich, sondern in Gemeinschaft anderer Kirchengesellschaften, resp. der Schule, bestimmt sind, eine Aussonderung herbeigeführt werde.

(Schluß folgt.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 19. Dezember.

— Die Generalsynode hielt am Sonnabend ihre letzte Sitzung und wurde nach dieser geschlossen.

Breslau, 18. Dez. Der Standesbeamte Hofferichter ist auf dem heutigen zweiten Termine zur Ableistung des von ihm geforderten Eides nicht erschienen. Der Vorsitzende des Gerichtshofes verlas ein von Hofferichter eingegangenes Schreiben, in welchem derselbe mittheilt, daß er gestern Deutschland verlassen habe. Nachdem ein Gerichtsdiener, welcher mit dem Sistirungsbefehl in die Wohnung Hofferichters abgesandt, erfolglos zurückgekehrt war, beschloß der Gerichtshof von Neuem die Verhaftung Hofferichters. Am 16. d. ist in derselben Sache der Bescheid des Ober Tribunals eingegangen, welcher die Beschwerde Hofferichters für unbegründet erklärt.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Berlin**, 18 Dezember. Wochen-Uebersicht der Preuß. Bank vom 15. Dezember.

Aktiva.

1) Metallbest. (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländ. Münzen) das Pfund fein zu 1392 Mk. berechnet . . .	Mk.	464 660 000	Abn.	2,102,000
2) Bestand an Reichskassenscheinen	„	5,382,000	Zun.	1,673,000
3) Bestand an Noten anderer Banken	„	8 303 000	Zun.	2,436,000
4) Bestand an Wechseln . . .	„	376,778,000	Abn.	1,778,000
5) Bestand an Lombardforderungen	„	51 741,000	Zun.	1,712 000
6) Bestand an Effekten . . .	„	95,000	Zun.	13,000
7) Bestand an sonstigen Aktiven	„	38,739,000	Zun.	853,000

Passiva.

8) das Grundkapital . . .	„	65,720,000	unverändert.	
9) der Reservefonds . . .	„	18 000,000	unverändert.	
10) der Betrag der umlaufenden Noten	„	676,212,000	Zun.	3,560,000
11) die sonstigen tägl. fäll. Verbindlichkeiten	„	24,335,000	Abn.	1,289,000
12) die an eine Kündigungsfrist gebundenen Verbindlichkeiten .	„	104,334,000	Abn.	1,009,000
13) die sonstigen Passiva . . .	„	41,905,000	Zun.	2 775,000

Der vorstehende Bankbericht zeigt, daß Wechsel um 1,778,000 M. abgenommen haben; gegenüber der in der zweiten Dezemberwoche in den Vorjahren stattgehabten Bewegung darf man voraussetzen, daß ein Theil der am offenen Markte unbefriedigt gebliebenen Kredit-Ansprüche an die Bank herangetreten ist. Ueber die Bewegungen der Vorjahre giebt der Wochenbericht Auskunft. Die Reserve unbedeckter steuerfreier Noten ist vom 7. bis 15. Dezember von 53 686,000 auf 52,133,000 M. gefallen und noch groß genug, um eine Diskonto-Erhöhung nicht voraussetzen zu müssen. Es war aber wahrscheinlich der Andrang zur Bank seit dem 15 stärker und erscheine deshalb die Möglichkeit einer solchen Erhöhung nicht ausgeschlossen. Die Abnahme des Wechsel-Portefeuilles wird durch die Zunahme der Lombard-Darlehne ausgeglichen.

** **Wien**, 18 Dezember. Nach einer Mittheilung der Direktion der Kreditanstalt ist die Nachricht, daß die Kreditanstalt genöthigt sei, zur Bezahlung des vollen Januarcoupons die Reserve anzugreifen, ohne jede authentische Grundlage, da die zur Beschlußfassung hierüber nöthigen rechnungsmäßigen Zusammenstellungen erst zu Ende der nächsten Woche vorliegen werden.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 18. Dezember. Wie dem „Telegraphen-Korrespondenz-Bureau“ aus Konstantinopel gemeldet wird, hat der Sultan dem britischen Botschafter bei Gelegenheit eines Empfanges versichert, daß die von der Pforte dekretirten Reformen pünktlich und schleunig durchgeführt werden sollen. — Die „Politische Korrespondenz“ bespricht das jüngste Reform-Irade des Sultans in einem längeren Artikel und findet die skeptische Auffassung dieses Irade seitens der europäischen Presse vollkommen begreiflich, da das Irade wohl anerkennenswerthe Pri[illegible]pien und Zugeständnisse enthalte, aber durchaus kein fertiges G[illegible] sei, da ferner seit 20 Jahren alle Reformerlasse der Pforte t[illegible] Buchstabe geblieben seien und da das Irade vor Allem der [illegible]wünschten Garantieen für seine Ausführung entbehre. Es könne [illegible] den Mächten nur willkommen sein, daß die für nothwendig erka[illegible]nten Reformen aus der Initiative der türkischen Regierung hervorg[illegible]gangen seien. Die Schwierigkeiten aber, welche der Durchführun[illegible] dieser Reformen entgegenstünden, könnten nur bewältigt werde[illegible], wenn die türkische Regierung im Einverständniß mit den Mäch[illegible]en, welche den pariser Frieden unterzeichneten, wirken würde.

Pest, 18. Dezember. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde der Handelsvertrag mit Rumänien ohne wesentliche Abänderung genehmigt. Sodann beantwortete der Ministerpräsident Tisza die bereits gemeldete Interpellation des Abg. Ernst Simonyi über die Absichten der österreichisch-ungarischen Regierung bezüglich einer Okkupation von Theilen der insurgirten türkischen Provinzen. Der Minister erklärte, daß die ungarische Regierung bis jetzt keine Gelegenheit gehabt habe, einer solchen Maßregel ihre Zustimmung zu geben oder dieselbe zu verweigern. Im Uebrigen wirke der Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Uebereinstimmung mit den anderen Mächten Europas dahin, durch die möglichst baldige Wiederherstellung des Friedens in den insurgirten türkischen Provinzen auch selbst die Möglichkeit einer Störung des europäischen Friedens zu beseitigen.

Haag, 18. Dezember. Die zweite Kammer hat in ihrer gestrigen Abendsitzung mit 37 gegen 36 Stimmen das Budget für Fortifikationen abgelehnt, welches einen Theil des Budgets des Kriegsministeriums bildet. Der Kriegsminister erklärte hierauf, er könne unter diesen Umständen das Budget für den Krieg nicht akzeptiren und stelle zunächst das Verlangen, daß die Diskussion über das Budget vertagt werde.

Bern, 18. Dezember. In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung erklärten Heer, Anderwerth und Hammer sich zur Annahme der auf sie gefallenen Wahl als Bundesrathsmitglieder bereit. An Stelle Richonnet's wurde im ersten Wahlgange Estoppey gewählt, der jedoch ablehnte. Hierauf wurde Droz im zweiten Wahlgange mit 85 Stimmen gewählt, 20 Stimmen fielen auf Roguin. Zu Bundesrichtern wurden Dubs und Hans Weber (Redakteur der „Züricher Zeitung") gewählt, zum Präsidenten des Bundesgerichts Roguin und zum Vizepräsidenten Morel.

Paris, 18. Dezember. In dem bekannten Prozesse des Fürsten Beauffremont gegen seine geschiedene Ehefrau ist gestern das Urtheil des Zivilgerichts ergangen. Nach demselben sollen die Kinder des Fürsten bis zu ihrem 21. Jahre oder bis zu ihrer Verheirathung in dem Pensionat Sacré-Coeur erzogen werden. Die Güter der Fürstin werden sequestrirt. — Die verschiedenen Gruppen der Linken haben für die heute stattfindende Senatorenwahl wiederum eine einheitliche Liste aufgestellt.

Versailles, 18. Dezember. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Minister des öffentlichen Unterrichts, Wallon, und der Bischof von Orleans, Dupanloup, zu Senatoren gewählt. Es sind nun seitens der Nationalversammlung noch 2 Senatorenwahlen zu vollziehen. Sodann wurde die Diskussion über die Eintheilung der Wahlbezirke eröffnet. Es wurden dieselben für 35 Departements festgestellt. Montag wird die weitere Feststellung der Wahlbezirke erfolgen.

Roches-Point, 19. Dezember. Der Dampfer „Ville Brest" ist heute Abend 6 Uhr hier eingetroffen. Derselbe bugsirte den französischen transatlantischen Dampfer „Amerique", welcher den Schaft gebrochen hatte.

Rom, 18. Dezember. In dem bekannten Konflikte zwischen der italienischen Regierung und dem Bischof von Mantua wegen der von der Regierung vorgenommenen einseitigen Ernennung des Geistlichen Martini zum Abte von Santa Barbara hat der Papst nunmehr ungeachtet der bischöflichen Einsprache die Anstellung des Geistlichen Martini bestätigt. — Der Bevollmächtigte Oesterreich Ungarns zum Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit Italien, Ministerialrath von Schwegel, ist hier eingetroffen.

Neapel, 19. Dezember. Heute Vormittag sah man starke schwarze Rauchsäulen aus dem Krater des Vesuvs emporsteigen. Es wird befürchtet, daß die bevorstehende Eruption von langer Dauer sein werde.

London, 18. Dezember. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Derby, hat sich bei einer Versammlung in Edinburg auch über die orientalische Frage ausgesprochen und u. A. geäußert, er glaube nicht, daß dieselbe bis zum Beginn des bevorstehenden neuen Jahres geregelt sein werde. Jede dabei interessirte Regierung scheine zwar zur größten Mäßigung geneigt, aber die Frage sei für alle Mächte von den größten Schwierigkeiten. Der Ankauf der Suezkanalaktien des Khedive durch die englische Regierung würde, wenn er die ihm fälschlich beigelegte Bedeutung eines Protektorates Englands über Egypten in der That hätte, nicht als ehrlich (honest) betrachtet werden können. England habe damit aber lediglich eine gewisse weitere Sicherheit für die Nichtunterbrechung seiner Verbindung mit Indien erlangt. Er sei so glücklich, glauben zu dürfen, daß von der von mancher Seite vorausgesagten Eifersucht der anderen Mächte im Auslande sehr wenig zu spüren sei. — Wie die amtliche „London-Gazetta" mittheilt hat der Staatssekretär des Aeußeren, Graf von Derby, eine Note des österreichischen Botschafters, Grafen von Beust, vom 11. d. M. erhalten, in welcher die Aufkündigung des zwischen Oesterreich und England bestehenden Handelsvertrages und der dazu gehörigen Supplementar-Konvention angezeigt wird. Dieselben laufen am 1. Januar 1877 ab.

London, 19. Dezember. Die gestern vom Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Derby, in Edinburg gehaltene Rede liegt nunmehr in einem ausführlichen Auszuge vor. Der Passus über die orientalischen Angelegenheiten lautet folgendermaßen: Die vier großen Staaten des Kontinents gebieten insgesammt über 7 Millionen Soldaten Wie groß aber auch die Vorbereitungen oder, richtiger gesagt, die Vorsichtsmaßregeln dieser Staaten für den Kriegsfall sein mögen, so sind dennoch alle Regierungen Europas in dem Wunsche nach Erhaltung des Friedens einig und aller Voraussicht nach wird dieser Wunsch in Erfüllung gehen. Die europäischen Kabinete sind mit einer Frage beschäftigt, deren endliche Lösung wohl noch in weiter Ferne liegt und deren Gestaltung noch Niemandem klar vor Augen steht. Ich glaube, daß gegenwärtig nur augenblickliche Hilfsmittel in Anwendung kommen können. Die Regierungen von Oesterreich Ungarn und Rußland haben zweifelsohne den aufrichtigen Wunsch, die weitere Ausdehnung des Aufstandes in der Herzegowina zu verhindern und den Frieden und die Ruhe in den türkischen Provinzen wiederherzustellen. Wenn ich auch nicht die einzelnen Punkte des von Oesterreich aufgestellten Reform-Projektes kenne, so liegt es doch auf der Hand, daß die übernommene Aufgabe eine sehr schwierige ist. Wir wünschen derselben vollen Erfolg, aber wir dürfen nicht unzufrieden sein, wenn das Endergebniß nicht alles das bringen sollte, was wir wünschen möchten. Nach hier eingegangenen amtlichen Nachrichten aus Penang vom gestrigen Tage waren die englischen Truppen am 13. c., ohne Widerstand zu finden, in Blanja eingetroffen. Der Führer der Aufständischen, Ismail, hatte sich mit seinen Anhängern von Blanja nach Kinta gezogen, die englischen Truppen setzten in Folge dessen ihren Marsch nach Kinta fort.

Edinburg, 18. Dezember. Dem Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Derby, wurde gestern von der Stadt der Ehrenbürgerbrief überreicht. Lord Derby betonte bei dieser Gelegenheit die durchaus zufriedenstellenden Beziehungen, in denen England zu den auswärtigen Mächten stehe und fügte hinzu, daß Oesterreich die Vorlegung des auf die Pazifikation der Herzegowina und der übrigen türkischen Provinzen bezüglichen Projektes verschoben habe.

Petersburg, 18. Dezember. Die letzten aus Chokand eingelaufenen Nachrichten sind sehr beunruhigend. Die Bevölkerung hat eine zweideutige Haltung angenommen, und man erwartet den Ausbruch eines neuen Aufstandes. Es heißt, daß die vom General Kaufmann geforderten Verstärkungen abgesandt werden sollen.

Petersburg, 19. Dezember. Der vor dem hiesigen Bezirksgerichte unter Zuziehung von Geschworenen gegen den Kommerzienrath Owsjannikoff, den Kaufmann Lewtejew und den Kleinhändler Rudemetoff wegen Brandstiftung geführte Prozeß ist in der vergangenen Nacht beendet worden. Das Urtheil lautet gegen Owsjannikoff auf Verbannung in eine entlegene Gegend Sibiriens. Lewtejew und Rudemetoff, bei denen mildernde Umstände angenommen wurden, sind zu 9- resp 8jähriger Zwangsarbeit verurtheilt worden.

Belgrad, 17. Dezember. Der Fürst hat das Demissionsgesuch des Finanzministers Jankowitsch angenommen und den Bauminister Sdravkowitsch interimistisch mit Leitung des Finanzministeriums beauftragt.

Newyork, 17. Dezember. Generalkonsul Seward in Shanghai ist zum Gesandten bei der chinesischen Regierung James Birney zum Gesandten in Haag ernannt worden.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Angekommene Fremde

20. Dezember.

HOTEL DE BERLIN. Apotheker Zylichowski a. Mur. Goslin, Gutsbesitzer Konrad aus Polen, Stationsvorsteher Dütschke aus Opalenica, Partikulier Główszewska aus Strzelno, Brauereibesitzer Habeck aus Grätz, cand. med. Hirschberg aus Breslau.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE Die Rittergutsbesitzer Graf Koziobrodski aus Polen, von Budziszewski und Frau aus Ostrowieszek, Rechtsanwalt Müller aus Küstrin, Ingenieur Reimann aus Berlin, Kaufmann Hamstok aus Proschka.

BUCKOW's HOTEL DE ROME Die Rittergutsbesitzer Graf Bninski a. Chraplewo, Becker aus Schlesien, Fabrikant Weise aus Sommerfeld, Postamts-Assistent Ditrich aus Lissa, Redakteur Voigt aus Breslau, die Kaufl Arndt a Lissa, Frau Wuthe aus Liegnitz, Czapski aus Breslau, Wirth aus Dresden, Weigel aus Plauen i. V., Hoß aus Magdeburg, Lewin aus Thorn, Rittergutsbesitzer Gottschling aus Orlowo, Fuhrmann a. Krotkowo, die Kaufl. Balbach und Paul aus Berlin, Student Zablocki aus Witakowice.

GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Oberförster Parowicz u. Tochter aus Bodlewo, Inspektor v. Brzeski aus Wojnowice, die Gutsbesitzer Meyer aus Minikowo, Schlund aus Baranowo, Bürger Podlaski aus Gostyn, Forstverwalter Braetsch aus Polcin (Hinterpommern), Kaufmann Epstein aus Guttentag, Kunstgärtner Biehahn aus Potsdam, Wirthschafts-Direktor von Warminski aus Biezdrowo bei Wronke.

GRAETZ HOTEL ZUM DEUTSCHEN HAUSE vorm. KRUG. Brauereibesitzer Morzynski nebst Frau aus Neutomischel, Gutsbesitzer Hoffmann aus Gnin bei Graudenz, die Viehhändler Wanhauer aus Bentschen und Matschke aus Berlin, die Kaufleute Kupe u. Bernard und Dewitz aus Berlin, Stud Volbeding aus Berlin, Bureaudiätar Bortz aus Kosten, Bürger Weinert nebst Frau und Frau Stein aus Neutomischel, die Fabrikanten Kierst u. Tillemann aus Glogau, Frl. Boroczynska aus Thorn, Steuer-Einnehmer Hahn nebst Frau und Controleur Meyer nebst Frau aus Stenschewo.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Holtz aus Dresden, Richter und Foerster aus Breslau, Scheibler und Gust. Prag aus Berlin, Lublin, Gebr. Hamburger und Potsdamer aus Lissa, Techniker Engelmann aus Breslau, Gutsbesitzer v. Jankowski aus Polen, Brauereibesitzer Otto aus Schubin. Maschinenbauer Reßner aus Berlin, Gymnasiallehrer Fleischer aus Ostrowo.

Reihenfolge

der auf der Bahnhofsstation Posen täglich ankommenden und abgehenden Eisenbahnzüge.

Nr.	Zug	Richtung	Zeit	Uhr	Min.
1)	Personenzug	von Kreuz	Morgens	4 Uhr	51 Min.
2)	„	nach Bentschen	„	5 „	3 „
3)	„	nach Breslau	„	5 „	4 „
4)	„	nach Bromberg	„	5 „	10 „
5)	Gemischter Zug	nach Kreuz	„	5 „	33 „
6)	Personenzug	nach Creuzburg	Vormitt.	6 „	16 „
7)	Gemischter Zug	von Kreuz	„	8 „	7 „
8)	„	von Gnesen	„	8 „	9 „
9)	Personenzug	von Lissa	„	8 „	17 „
10)	„	von Ostrowo	„	9 „	16 „
11)	Gemischter Zug	von Bentschen	„	9 „	44 „
12)	Personenzug	von Bromberg	„	10 „	15 „
13)	Schnellzug	von Bentschen	„	10 „	22 „
14)	Personenzug	von Breslau	„	10 „	45 „
15)	„	nach Breslau	„	10 „	45 „
16)	„	nach Kreuz	„	11 „	— „
17)	Gemischter Zug	nach Bromberg	„	11 „	40 „
18)	Personenzug	nach Bentschen	Nachm.	2 „	41 „
19)	„	von Creuzburg	„	3 „	8 „
20)	„	von Bromberg	„	3 „	34 „
21)	„	von Kreuz	„	3 „	54 „
22)	„	nach Breslau	„	4 „	4 „
23)	„	nach Bentschen	„	4 „	5 „
24)	„	nach Ostrowo	„	4 „	54 „
25)	„	von Breslau	„	5 „	28 „
26)	Schnellzug	von Bentschen	„	5 „	51 „
27)	Personenzug	nach Bromberg	„	5 „	57 „
28)	Gemischter Zug	nach Bentschen	Abends	6 „	14 „
29)	„	nach Kreuz	„	6 „	33 „
30)	Personenzug	nach Lissa	„	7 „	5 „
31)	Gemischter Zug	nach Gnesen	„	7 „	5 „
32)	„	von Kreuz	„	9 „	28 „
33)	Personenzug	von Bentschen	„	9 „	46 „
34)	„	von Bromberg	„	9 „	47 „
35)	„	von Breslau	„	10 „	47 „
36)	„	nach Kreuz	„	11 „	1 „

Telegraphische Börsenberichte.

Danzig, 18. Dezember. Getreide-Börse. Wetter: milde Luft und naß. Wind: W.

Weizen loko auch heute, ungeachtet kleiner Zufuhr, sehr flau; unsere Käufer mögen nicht kaufen, außer zu weiter erniedrigten Preisen, und sind nur sehr mühsam 125 Tonnen zu gegen gestern ferner gedrückten Preisen untergebracht. Bezahlt wurde für Sommer- 133 Pfd. 185 M., grau glasig 125, 127 Pfd. 193, 194, 195 M., glasig 127, 129 Pfd. 196, 198 M., bellbunt 124, 126, 130 Pfd. 201, 203 M., hochbunt glasig 130, 131 Pfd. 203, 204 M., blauspitzig 123 Pfd. — M., bellfarbig 128/9 Pfd. — M., weiß 125/6, 129/30, 130 Pfd. 203, 205, 206 M. per Tonne. Termine billiger erlassen, April-Mai 207 M. bez. Regulirungspreis 197 M. Gekündigt 100 Tonnen.

Roggen loko unverändert, 124, 125 Pfd. ist zu 155 M. per Tonne gekauft. Umsatz 20 Tonnen. Termine ohne Umsatz. April-Mai 154 M. Br., 151 M. G. Regulirungspreis 149 M. — Gerste loko kleine 105 Pfd. 138 M., große 112 Pfd. 155 M., schöne 113 Pfd. 162 M. per Tonne bezahlt. — Erbsen loko Mittel- — Mt. per Tonne bez. — Hafer loko nicht gehandelt. — Wicken loko — M. Dotter loco — M. — Spiritus nicht zugeführt.

Breslau, 18. Dezember, Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. Dezbr. Januar 42, 40, pr. April-Mai 45, 20, pr. Mai-Juni 46, 00. Weizen pr. Dezember 191, 00 Roggen pr. Dezember 147, 00, pr. Dezember-Januar 147, 00, pr. April-Mai 152, 00 Rüböl pr. Dezember 67, 00, pr. Dezember-Januar 67, 00, pr. April-Mai 66, 00. Zink fest. Wetter: Trübe.

Köln, 18. Dezember, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt. Weizen fester, hiesig. loco 20 50 fremder loko 21 00 pr. März 20, 70, pr. Mai 21 25. Roggen unveränd, hiesig. loko 16. 00 pr. März 14, 90, pr. Mai 15,25. Hafer fest, loco 18 00, pr. März 17, 45. Rüböl unveränd., loko 37 50, pr. Mai 36, 40. — Wetter: Schön.

Bremen, 18 Dezember. Petroleum (Schlußbericht) Standard white loco 11, 40, pr. Januar 11, 35, pr. Februar 11, 30, pr. März 11, 30. Fest.

Hamburg, 18. Dezember, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen loko und auf Termine flau. Roggen loko still, auf Termine matt. Weizen pr. Dez. 199 Br., 198 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 207 Br., 206 Gd. Roggen pr. Dez. 146 Br., 145 Gd., pr April-Mai pr. 1000 Kilo 153 Br., 152 Gd. Hafer fest. Gerste flau. Rüböl still, loco 72, pr Mai pr 200 Pfd. 70½. Spiritus flau, pr. Dezember 35½, pr. Januar-Februar 35¾, pr. April-Mai 36½, pr. Juni-Juli pr. 100 Liter 100 pCt. 37¾. Kaffee matt, Ums. gering — Petroleum fest, Standard white loko 11, 80 B., 11, 70 G., pr Dezember 11, 70 Gd., pr. Januar-März 11 70 Gd — Wetter: Sehr trübe.

Liverpool, 17. Dez. Getreidemarkt Weizen 1—2 d. niedriger, Mehl ruhig, Mais 6-9 d. höher. — Wetter: Naß.

Liverpool, 18. Dezember, Vormittags. Baumwolle. (Anfangsbericht). Muthmaßlicher Umsatz 7000 Ballen. Unveränd. Tagesimport 11,000 Ballen, davon 3000 amerik.

Liverpool, 18 Dezember. Nachmittags. Baumwolle. (Schlußbericht): Muthmaßlicher Umsatz 7000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Ruhig. Ankünfte angeboten und eher niedriger.

Middling Orleans 7¼, middling amerikan 7, fair Dhollerah 4 11/16, middl. fair Dhollerah, 4½, good middling Dhollerah 4¼, middl. Dhollerah 4 fair Bengal 4⅛, fair Broach 5¼ new fair Domra 4¾, good fair Domra 5 1/16, fair Madras 4¾, fair Pernam 7⅛, fair Smyrna 6⅛, fair Egyptian 7⅝

Upland nicht unter lowo middling April-Verschiffung pr. Segler 6 15/16 d.

Glasgow, 18. Dezember Roheisen. Mixed warrants numbers 62 Sh. 3 d.

Die Verschiffungen der letzten Woche betragen 8617 Tons gegen 9372 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Paris, 18. Dezember, Nachmittags. (Produktenmarkt.) (Schlußbericht.) Weizen beh., pr. Dezember 26, 00, pr. Januar-Februar 26, 50, pr. Januar-April 26, 75, pr. März Juni 28, 00. Mehl matt, pr. Dezember 58, 75 pr. Januar-Februar 59, 00, pr. Januar-April 59, 25, pr. März-Juni 61, 25. Rüböl wchd, pr Dezember 99 00, pr. Januar 89, 00, pr. Januar-April 88, 25, pr. Mai August 87, 00. Spiritus weich., pr Dezember 43, 50, pr. Mai-August 48, 00.

Antwerpen, 18. Dezember, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Weizen ruhig, dänischer 27¾. — Roggen unverändert, Odessa —, Hafer stetig, Schwedischer —. Gerste fest. Donau —.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loko 29¼ bez und Br., pr. Dezember 29 bez. und Br., pr. Januar 29 B., Februar 28¾ Br., pr. Januar-April 29 B.

Manchester, 18 Dezember, Nachmittags. 12r Water Armitage 7½, 12r Water Taylor 8¼, 20r Water Micholls 10, 30r Water Gidlow 11, 30er Water Clayton 11⅞, 40er Mule Mayoll 11⅛, 40r Medio Wilkinson 12⅞, 36r Warpcops Qualität Rowland 12¾, 40r Double Weston 12¾, 60er Double Weston 16, Printers 16/16, [illegible] 8½ Pfd. 117. Gutes Geschäft, Preise anziehend.

Produkten-Börse.

Berlin, 18 Dezbr. Wind: S., schwach. Barometer 28,2. Thermometer + 2 R. Witterung: bedeckt.

Weizen loko per 1000 Kilogr. 175—220 Rm. nach Qual. gef., gelber per diesen Monat 198,50—199 bz., Dezbr. Januar do., Jan.-Febr. —, April-Mai 206,50-207 bz., Mai Juni 209,50—210 bz. — Roggen loko per 1000 Kilgr. 154—165 Rm. nach Qual. gef., russ. 155—156, polnisch 157—158, inländ. 159—162 ab Bahn bz., per diesen Monat 154-154,50-154 bz., Dez.-Jan. do., Jan.-Februar 154—154,50 —154 bz., Frühjahr 154-154,50—154 bz., Mai-Juni 153 bz., Juni-Juli 154 bz. — Gerste loko per 1000 Kilogr. 136—180 Rm. nach Qual. gef. — Hafer loko per 1000 Kilogr. 135—180 Rm nach Qual. gef., ost- u westpr. 150—173, pomm. u. meckl. 164—175, russ. 148-173, böhm. u. sächs. 164-175 ab Bahn bz., per diesen Monat —, Dezbr-Jan. —, Jan-Febr. —, Frühjahr 165 bz. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 181—220 Rm. nach Qual., Futterwaare 171—180 Rm. nach Qual. — Raps per 1000 Kilgr. —. — Rübsen —. — Leinöl per 100 Kilgr. loko ohne Faß 58 Rm. — Rüböl per 100 Kilogr. loko ohne Faß 66,5 Rm. bz., mit Faß —, per diesen Monat 68—67 bz., Dez.-Jan. do, Jan.-Febr. —, April-Mai 67,5-68—66,9 bz, Mai-Juni 67,5-68-67 bz. — Petroleum raffin. (Standard white) per 100 Kilo mit Faß loko 27 Rm. bz., per diesen Monat 26 bz., Dez.-Jan. do., Jan.-Febr. —, April-Mai —. — Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. loko ohne Faß 43,3 Rm. bz., per diesen Monat —, loko mit Faß —, per diesen Monat 45,2—45 Rm. bz., Dez.-Jan. 45,3 bz., Jan.-Febr. 45,5 bz., April-Mai 47,7—47,5—47,6 bz., Mai-Juni 48—47,8—48 bz., Juni-Juli 49,2—49—49,1 bz., Juli-August 50,2—50,1—50,2 bz., Aug.-Sept. —. — Mehl. Weizenmehl Nr. 00 30—28 Rm., Nr. 0 27,50—26,25, Nr. 0 u. 1 25,75—24,75 Rm. Roggenmehl Nr. 0 23,50—22,25 Rm., Nr. 0 u. 1 21,50—19,50 Rm. per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack per diesen Monat 20,90—20,85 Rm. bz., Dezbr.-Jan. do., Jan.-Febr. 20,95 bz., Februar-März 21,05 bz., März-April —, April-Mai 21,30 bz., Mai-Juni 21,40—21,35 bz, Juni-Juli do., Juli-August do. (B. u. H.-Z.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 260' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
18. Dezbr.	Nachm. 2	28" 0''' 05	+ 1°3	W 0-1	bedeckt, Ni.
18. „	Abnds. 10	28" 0''' 83	+ 0°6	W 0-1	bedeckt, Ni.[1]
19. „	Morgs. 6	28" 0''' 48	+ 0°3	SSW 1	bedeckt, Ni.
19. „	Nachm. 2	28" 0''' 51	+ 0°1	S 1	halbheiter St., Cu.
19. „	Abnds. 10	28" 0''' 37	— 2°2	SO 2	ganz heiter.
20. „	Morgs. 6	27" 11''' 69	— 5°4	S 1	heiter, St.

[1] Regenmenge: 0,8 Pariser Kubikzoll auf den Quadratfuß.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 18. Dezbr. 1875 12 Uhr Mittags 1,44 Meter
„ „ 19. „ „ „ „ „ 1,44 „

Breslau, 18. Dezember, Nachmittags.
Matt.

Freiburger 84. 00. do. junge —. Oberschles. 146, 50. R. Oder-Ufer-St.-A 104.00. do. do. Prioritäten 108, 00. Franzosen 525, 00 Lombarden 195, 50. Silberrente 65, 25. Rumänier 28, 25 Breslauer Diskontobank 68 00 do. Wechslerbank 65,00. Schles. Bankv. 85, 75. Kreditaktien 349, 00 Laurahütte 67, 25 Oberschles Eisenbahnbed. —,—. Oesterreich Bankn. 178, 25 Russ. Banknoten 267, 25 Schles. Vereinsbank 90, 00. Ostdeutsche Bank —. Breslauer Prov.-Wechslerb. —,—. Kramsta 84 50. Schlesische Zentralbahn —, —. Bresl Oelf. —, —

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 18 Dezember., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Fest, nur Kreditaktien matt.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 203,45. Pariser Wechsel 81,05. Wiener Wechsel 177, 90. Franzosen*) 262¼. Böhm. Westb. 169¼. Lombarden*) 97. Galizier 178 Elisabethbahn 147¼. Nordwestbahn 123¼. Kreditaktien*) 170½. Russ Bodenkr. —. Russen 1872 99¼. Silberrente 65¼. Papierrente 61⅝. 1860er Loose 114 1864er Loose 293, 00. amerikaner de 1885 99⅞. Deutsch-österreich. 85½ Berliner Bankverein — Frankfurter Bankverein —. do. Wechslerbank 74⅝. Bankaktien 809, 50. Meininger Bank 85⅜ Hahn'sche Effektenbank —. Darmstädter Bank 117¼. Hess. Ludwigsb. 96¼ Oberhessen 72⅞

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 171⅛, Franzosen 262⅛, Lombarden 97, Oesterr.-deutsche Bank —, Reichsbank 154½, Galizier —.

Frankfurt a. M., 18 Dezbr., Abends. [Effekten-Sozietät.] Kreditaktien 171¼, Franzosen 261½, Lombarden 96⅞. Galizier 177¾, Elisabethbahn —, Reichsbank 154¹¹⁄₁₆, 1860er Loose 113⁹⁄₁₆, Rudolfsbahn —, Spanier —, Ungar. Loose —, do. Schatzbonds —, Oesterr.-deutsche Bank —. Ziemlich fest, aber still.

*) per medio resp. per ultimo.

Wien, 18. Dezember. Börse schloß beruhigter, für Spekulationswerthe mit einer leichten Erholung, Renten begehrt, Valuta steigend.

[Schlußcourse.] Papierrente 69, 50. Silberrente 73 90 1854er Loose 106 25. Bankaktien 922, 00. Nordbahn 1785 Kreditaktien 201, 00 Franzosen 298, 00. Galizier 204, 75 Nordwestbahn 145, 20. do. Lit. B. 55, 50 London 113, 85 Paris 45 15 Frankfurt 55, 60 Böhm. Westbahn —, — Kreditloose 166 25 1860er Loose 111, 90. Lomb. Eisenbahn 110, 00. 1864er Loose 132 20. Unionbank 73, 00. Anglo Austr 91, 90 Austro-türkische —, —. Napoleons 9, 14 Dukaten 5, 37. Silberkoup. 106, 25. Elisabethbahn 169 50 Ungarische Prämienanleihe 76 00 Preußische Banknoten 1, 68¾

Türkische Loose 30, 25

Wien, 18 Dezbr., Abends. Abendbörse. Kreditaktien 203, 00, Franzosen 299, 50, Galizier 205 00, Anglo-Austr. 92 40, Unionbank 74 50, Lombarden 110, 75, Napoleons —, —. Fest.

London 18. Dezember, Nachmittags 4 Uhr

Konsols 93⅞ Italien. 5proz. Rente 72¾. Lombarden 9¹¹⁄₁₆, 3prz. Lombarden-Prioritäten alte —. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue 9⁷⁄₁₆. 5proz Russen de 1871 99¼. 5proz. Russ. de 1872 98¼, Silber 56⁷⁄₁₆. Türk. Anleihe de 1865 24⅛. 6proz. Türken de 1869 27½ 6p . Vereinigt St. pr. 1885 104⅛. do. 5proz. fundirte 105⅛. Oesterreich. Silberrente 66 Oesterr. Papierrente —. 6proz. ungar. Schatzbonds 93⅜ 6 prozent. ungarische Schatzbonds II. Emission —. Spanier —. Peruaner 32.

Platzdiskont 2½ pCt.

Aus der Bank flossen heute 90,000 Pfd. Sterl.

Wechselnotirungen: Berlin 20. 62. Hamburg 3 Monat 20, 62, Frankfurt a. M. 20, 62. Wien 11,60. Paris 25, 40. Petersburg 31.

Paris, 18 Dezember, Abends. Auf dem Boulevard wurden gestern Abend Anleihe de 1872 bei matter Tendenz zu —, —, Türken zu —, — und auswärtige Spanier zu —, — gehandelt.

Paris, 18. Dezember, Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. 3proz. Rente 65, 90, Anleihe de 1872 104, 15, Italiener 73 00, Franzosen 658 75, Lombarden 243 75. Türken 24, 35, Spanier 17⅞, Peruaner 32½. Fest.

Paris, 17. Dezember, Nachmittags 3 Uhr. Fest und ruhig. [Schlußkurse.] 3proz. Rente 65, 77½. Anleihe de 1872 104, 10. Italienische 5prozent. Rente 73, 00. Italienische Tabaksaktien —, —. Ital. Tabaksoblig. —, 00. Franzosen 658 75 Lombard. Eisenbahn-Aktien 243, 75 Lombard. Prioritäten 241 00. Türken de 1865 24 00, Türken de 1869 137, 00 Türkenloose 66 25

Kredit mobilier 197, Spanier exter. 18,00 do inter. 16,00 Peruaner —, Societe generale 525

Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 456.

New-York, 18. Dezember, Abends 6 Uhr. [Schlußkurse.] Höchste Notirung des Goldagios 14⅛, niedrigste 13⅝ Wechsel auf London in Gold 4 D. 85⅛ C. Goldagio 13¾. ⁵⁄₂₀ Bonds de 1885 116 do. neue 5proz. fundirte 117½. ⁵⁄₂₀ Bonds de 1887 123¼ Erie-Bahn 15⅝. Zentral-Pacific 107½. New-York Zentralbahn 1?4. Baumwolle in New-York 13¼ Baumwolle in New-Orleans 12⅝ Mehl 5 D. 30 C. Raffin. Petroleum in New-York 13 do. Philadelphia 12½. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 33 C. Mais (old mixed) 76 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 8⅛. Kaffee (Rio), 19. Speck (short clear 11⅜. Getreidefracht 10¼

Berlin, 18 Dezember. Der heutige Verkehr eröffnete bei größter Geschäftslosigkeit matt. Das Gerücht, daß die österreichische Kreditanstalt zur Zahlung der Abschlagsdividende den Reservefond werde in Anspruch nehmen müssen, drückte namentlich Kreditaktien, welche etwa 3 M. unter der gestrigen Schlußnotiz mäßig verkehrten. Doch vollzog sich, als der offizielle Widerspruch gegen diese Nachricht seitens der Kreditanstalt bekannt wurde, ein geringer Umschwung, welcher besonders Kreditaktien und Diskonto-Kommandit-Antheile hoben. Auch Lombarden und Franzosen besserten sich. Rheinisch Westfälische Bahnen lagen ziemlich fest und die Course zeigten im Allgemeinen nur sehr geringe Veränderungen. Die gestrigen Meldungen von außerhalb hatten Anfangs wenig Eindruck gemacht; doch drückte Wien durch seine niedrigen Notirungen, und erst auf Grund des Dementi hob sich nach auswärts die Stimmung. Der Ausweis der Preußischen Bank vom 15. dieses Monats blieb ohne Eindruck, da die Ansprüche an die Bankkassen sich nur in sehr engen Grenzen gehalten hatten und die Zunahme der Lombardbestände durch die Abnahme der Wechselbestände ausgeglichen erschien. Allerdings soll der Geldbedarf in den letzten Tagen wieder stärker an die Bank herangetreten sein, doch wird eine Heraufsetzung des Diskonts momentan nicht befürchtet — Geld bleibt knapp, aber ohne dringende Nachfrage. — Gegen die Mitte der Börsenzeit trat aus Rücksicht auf wiener Meldungen aufs Neue eine Abschwächung ein, welcher wiederholte Schwankungen bei geringem Verkehre folgten. Erwähnenswerthe Einzelheiten bot der heutige Verkehr so gut wie garnicht. Eisenbahnen zeigten nur geringe Veränderungen und lagen sehr ruhig. Unter den Banken waren Centralbank, Hannoversche, Geraer und Braunschweigische Bank, so wie Chemnitzer Bankverein bevorzugt. Bergwerke blieben still und eher angeboten, Tarnowitzer und Braunschweiger fest. Industrie-Papiere lagen ruhig. Passage, Viehmarkt und Pferdebahn belebt. Preußische Fonds und Prioritäten fest, 4½prozentige beliebt; Ostbahn-Obligationen rege. Loos-Effekten beliebt, jedoch nur in schwachem Verkehr; Köln Mindener Prämienscheine bevorzugt. Fremde Renten wenig verändert und sehr still, ebenso Staatsanleihen ohne Geschäft. Per Ultimo notiren wir; Franzosen 324—327—326. Lombarden 194—196—196. Kreditaktien 349—50.50 bis 316. Laurahütte 67-67,50. Diskonto-Kommandit-Antheile 129—130—129.59 Erste Diskonten 4¾ Bf. Spritbank Wrede hat im laufenden Jahre voraussichtlich 1 pCt. Dividende mehr als im Vorjahre verdient. Belle Alliance gewann 1 pCt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 18. Dezember 1875.

Preußische Fonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	105,10 bz
Staats-Anleihe	4	99,25 bz
Staats-Schldsch.	3½	91,75 bz
Kur- u. Nm. Sch	3½	92 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	101,40 bz
do. do	3½	91,00 bz
Cöln. Stadt-Anl.	4½	99,10 bz
Rheinprovinz do.	4½	101,75 G
Schldv. d. B. Kfm.	5	100,50 B
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	101,00 bz
do.	5	105,90 bz
Landsch. Central	4	93,00 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	86,75 bz
do. neue	3½	84,00 B
do.	4	93,25 bz
do. neue	4½	102,75 bz
N. Brandbg. Cred.	4	93,25 bz
Ostpreußische	3½	84,50 G
do.	4	94,00 G
do.	4½	100,25 bz
Pommersche	3½	83,70 bz
do.	4	93,50 B
do.	4½	102,60 bz
Posensche, neue	4	93,10 G
Sächsische	4	93,00 bz
Schlesische	3½	
do. alte A. u. C.	4	
do. A. u. C.	4	
Westpr. rittersch.	3½	83,70 bz
do.	4	93,25 bz
do.	4½	100,50 bz
do. II. Serie	5	
do. neue	4	97,25 G
do.	4½	100,28 bz
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	96,00 bz
Pommersche	4	95,60 bz
Posensche	4	95,80 B
Preußische	4	96,00 B
Rhein- u. Westfäl.	4	97,75 B
Sächsische	4	97,75 bz
Schlesische	4	95,75 G
Souvereigens		20,28 G
Napoleonsd'or		16,18 bz
do. 500 Gr.		1395 bz
Dollars		4,17 G
Imperials		16,65 G
do. 500 Gr.		
Fremde Banknot.		99,75 bz
do. einlösb. Leipz.		99,92 bz
Französ. Banknot.		81,05 G
Oesterr. Banknot.		177,80 bz
do. Silbergulden		187,50 bz
do. ¼ Stücke		
Russ. Noten		266,00 bz

Deutsche Fonds.

P.-A. v 55 a 100th.	3½	129,00 bz
Hess. Prsch a 40 th.	—	258,00 bz
Bad. Pr.-A. v. 67	4	120,30 bz
do. 35fl-Obligat.	—	142,00 G
Bair. Präm.-Anl.	4	122,60 B
Brschw. 20thl.-L	—	82,75 bz G
Brem Anl. v. 1874	4½	
Cöln-Md.-Pr.-A.	3½	107,60 bz
Dess. St. Pr.-Anl.	3½	118,40 bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	106,50 bz
do. II. Abth.	5	102,60 bz
Hb. Pr.-A v. 1866	3	176,50 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	173,00 B
Mecklb. Eisenbsch.	3½	
Meininger Loose	—	20,00 bz B
do. Pr.-Pfdbr.	4	101,40 bz
Oldenburg. Loose	3	135,25 bz
D.G.C.B.-Pf. 110	5	99,75 bz
do. do.	4½	93,90 bz
Dtsch. Hypoth. unk.	5	100,75 bz
do. do.	4½	95,75 bz
Mein. Hyp.-Pfd.	5	100,00 G
Nrdd. Grder H A	5	100,90 bz G
do. Hyp.-Pfdbr.	5	101,50 bz G
Pomm. H-B I. 120	5	103,75 bz
do. II IV. rz. 110	5	100,50 bz
Pomm III. rz. 100	5	99,75 bz
Pr. B-C-H-Br. kd	5	99,90 G
do. unk. rückz. 110	5	102,20 bz G
do. do 100	5	100,50 bz
Pr C-B-Pfdb. kd.	4½	100,10 bz
do. unk. rückz. 110	5	105,50 G
do. (1872 u. 74)	4½	98,50 bz
do. (1872 u. 73)	5	101,00 B
do. (1874)	5	101,00 B
Pr. Hyp-A-B 120	4½	97,90 bz
do. do.	5	98,60 bz
Schles. Bod.-Cred.	5	100,00 G
do. do.	4½	92,50 B
Stett. Nat.-Hyp	5	101,00 bz
do. do.	4½	98,00 bz
Kruppsche Oblig	5	101,00 bz B

Ausländische Fonds.

Amerik. rckz. 1881	6	103,25 bz
do do. 1885	6	98,60 bz G
do Bds. (fund)	5	99,50 bz
Norweg. Anl.	4½	98,75 bz
New-Yrk. Std-A	7	101,60 G
do. Goldanl	6	99,50 bz G
New Jersey	7	91,50 G
Oest. Pap.-Rente	4½	61,70 bz
do. Silb.-Rente	4½	65,25 bz B
do. 250 fl. 1854	4	108,00 G
do. Cr. 100 fl 1858	—	349,40 bz
do. Lott.-A. v. 1860	5	113,80 bz
do. do v. 1864	—	196,50 bz
Ung. St.-Eisb.-A.	5	
do. Loose	—	169,00 G
do. Schatzsch. I	6	94,75 G
do. do. kleine	6	94,75 G
do do. II.	5	93,70 bz B
Italienische Rente	5	
do. Tabak-Obl	6	99,90 B
do. do. Actien	6	493,00 G
Rumänier	8	105,80 bz B
Russ Nicol. Obl	4	
do. Centr Bod	5	91,50 G
do. Engl A. 1822	5	
do do A v. 1862	5	98,60 bz
Russ-Engl. Anl	3	
Russ fund. A 1870	5	
Russ conf. A 1871	5	98,60 bz
do do. 1872	5	98,90 B
do. do 1873	5	88,30 B
do. Bod Credit	5	85,50 bz
do Pr. A v. 1864	5	194,50 bz
do. do. v. 1866	5	184,00 bz
do. 5. A. Stiegl	5	
do. 6. do. do.	5	97,40 bz
do. Pol.-Sch. O.	4	
do. do kleine	4	83,90 bz
Poln. Pfdb. III. E.	4	
do. do	5	77,75 bz
do Liquidat	4	68,10 bz
Türk. Anl. v. 1865	5	22,50 bz
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez	3	53,90 bz B

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	169,00 bz
do. 100 fl. 1 M.	168,20 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,32 bz
do. do. 3 M.	20,19 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	80,95 bz
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	80,95 bz
do. do 100 F. 2 M.	80,50 B
Wien öst. Währ. 8 T.	177,70 bz
Wien öst. Währ. 2 M.	176,50 bz
Petersb. 100 R 3 W.	264,80 bz
do. 100 Rub. 3 M.	263,00 bz
Warschau 100 R. 8 T.	265,10 bz

*) Zinsfuß der Preuß. Bank für Wechsel 5, für Lombard 6 pCt; Bankdisconto in Amsterdam 3, Bremen 5, Brüssel 4, Frankfurt a. M 5, Hamburg 5, Leipzig 5, London 3, Paris 4, Petersburg 5½, Wien 5 pCt.

Bank- und Credit-Aktien.

Badische Bank	4	103,75 B
Bk. f. Rheinl u. Westf	4	63,75 G
Bk. f Sprit- u. Pr H.	4	64,50 bz G
Berliner Bankverein	4	72 25 bz G
do. Comm-B. Sec	4	66,25 bz G
do. Handels Ges.	4	94,50 bz
do. Kassen-Verein	4	202,00 G
Breslauer-Disc.-Bk.	4	67,75 bz
Centralbk f. Bauten	4	19,90 bz B
Centralbk f. Ind. u. H	4	66,00 bz B
Cent.-Genossensch. B.	fr.	80,75 bz B
Chemnitzer Bank-V.	4	77,60 G
Coburger Credit-V	4	69,00 G
Cöln. Wechslerbank	4	75,75 G
Danziger Bank Ver.	fr.	55,25 G
Danziger Privatbank	4	116,75 G
Darmstädter Bank	4	116,75 bz
do. Zettelbank	4	97,00 B
Dessauer Creditbank	4	10,60 G 78 G
do. Landesbank	4	115,00 G
Deutsche Bank	4	78,10 bz G
do. Genossensch.	4	96,00 bz G
do. Hyp.-Bank	4	93,50 G
do. Reichsbank	fr.	154,50 bz
do. Unionbank	4	76,75 bz G
Disconto Comm.	4	130,00 bz G
do. Prov.-Discont	4	73,10 bz G
Geraer Bank	4	89,20 bz
do. Creditbank	4	54,70 bz
Gew. B. H. Schuster	4	21,75 bz
Gothaer Privatbank	4	92,00 G
do Grundcreditbk	4	110,50 101,40
Hypothek. (Hübner)	4	128,50 B[bzG
Königsb. Vereinsbank	4	82,00 B
Leipziger Creditbank	4	122,75 B
do. Discontobank	4	70,00 bz B
do. Vereinsbank	4	71,40 G
do Wechselbank	4	67,50 B
Magdeb Privatbank	4	100,75 B
Mecklenb. Bodencredit	4	74,75 G
do Hypoth. Bank	4	73,00 bz G
Meininger Creditbank	4	85,40 bz B
do. Hypothekenbk	4	100,40 bz G
Niederlausitzer Bank	4	80,25 G
Norddeutsche Bank	4	126,25 G
Nordd. Grundcredit	4	104,75 bz G
Oesterr. Credit	4	
do. Deutsche Bank	4	86,75 G
Ostdeutsche Bank	fr	81,50 bz G
Posener Spritactien.	4	
Petersb. Discontobank	4	106,00 G
do. Intern. Bank	4	101,50 B
Posen. Landwirthsch.	4	65,50 bz G
Posener Prov. Bank	4	92,50 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	166,00 bz
do. Boden Credit	4	95,50 bz
do. Centralboden.	4	118,50 bz G
do. Hyp. Spielh.	4	123,25 bz G
Product. Handelsbank	4	89,75 bz G
Provinz.-Gewerbebk.	4	30,00 bz G
Rittersch. Privatbank	4	121,10 G
Sächsische Bank	4	119,40 bz G
do. Bankverein	fr	92,00 G
do. Creditbank	4	80,50 G
Schaaffhaus. Bankv.	4	74,50 bz
Schles Bankverein	4	85,50 bz G
Schles. Vereinsbank	4	90,00 B
Südd. Bodencredit	4	112,25 bz B
Thüringische Bank	4	79,50 G
Vereinsbank Quistorp	fr.	13,00 bz G

Industrie-Actien.

Brauerei Patzenhofer	4	92,50 G
Dannenb. Kattun	4	20,75 G
Deutsche Baugef.	4	49,40 bz G
Deutsch Eisenb Bau.	4	4,50 bz G]
Dtsch. Stahl u. Eisen	4	2,50 bz G
Donnersmarckhütte	4	20,00 bz G
Dortmunder Union	4	12,00 bz G
Egell'sche Masch Act	4	15,10 bz G
Erdmannsd. Spinn	4	21,75 G
Flora f. Charlottenb.	4	8,25 bz G
Frist u. Roßm Nähm.	4	44,25 G
Gelsenkirch. Bergw.	4	116,75 bz
Georg Marienhütte	4	89,90 B
Hibernia u. Shamr.	4	44,75 bz G
Immobilien (Berl.)	4	80,75 B
Kramsta, Leinen F.	4	83,90 bz G
Lauchhammer	4	24,75 G
Laurahütte	4	67,75 bz
Luise Tiefbau-Bergw.	4	40,00 B
Magdeburg. Bergw.	4	136,00 G
do. Spritfabrik	4	17,00 bz B
Marienhütte Bergw	4	50 50 bz B
Massener Bergwerk	4	28,50 B
Menden u. Schw. B.	4	58,25 G
Oberschl. f. Eis.-Bed.	4	32,00 bz
Ostend	4	8,00 B
Phönix B. A. Lit. A.	4	55,50 B
Phönix B-A. Lit. B.	4	47 G
Redenhütte	4	3,90 bz
Rhein.-Nass. Bergwerk	4	96,50 bz G
Rhein.-Westfäl. Ind.	4	20,40 G
Stobwasser Lampen	4	53,50 G
Union Eisenwerk	4	3,00 bz G
Unter den Linden	4	13,50 bz B
Wäsemann Bau-V.	4	29,60 bz
Westend (Quistorp)	fr.	10,75 bz G
Wissener Bergwerk	4	39,50 bz
Wöhlert Maschinen	4	19,00 bz B

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Aachen-Mastricht	4	20,25 bz
Altona-Kiel	4	110,75 bz
Bergisch-Märkische	4	78,50 bz
Berlin-Anhalt	4	108,90 bz
Berlin Dresden	5	26,00 bz G
Berlin-Görlitz	4	28,50 bz B
Berlin Hamburg	4	173,75 bz B
Berliner Nordbahn	fr.	1,20 bz
Brl. Potsd. Magdeb.	4	68,90 bz G
Berlin Stettin	4	122,50 bz G
Bresl.-Schw.-Freibg.	4	83,00 bz
Cöln Minden	4	94,25 bz
do. Litt. B.	5	92,50 bz G
Halle-Sorau-Guben	4	6,00 bz G
Hann. Altenbeken	4	8,00 bz
do. II Serie	4	9,50 bz G
Märkisch Posener	4	18,25 bz G
Magd. Halberstadt	4	40,50 bz G
Magdeburg-Leipzig	4	221,50 bz G
do. do. Litt. B.	4	90,75 bz
Münster-Hamm	4	
Niederschles.-Märkisch	4	98,80 bz
Nordhausen-Erfurt	4	30,75 bz
Oberschl. Litt. A. u. C.	3½	146,90 bz
do. Litt. B.	3½	136,00 G
do. Litt. E.	5	139,00 bz
Ostpreuß. Südbahn	4	23,00 bz G
Pomm. Centralbahn	fr.	0,20 bz
Rechte Oder Uferbahn	4	103,50 bz B
Rheinische	4	114,00 bz
do. Litt. B. v. St. gar.	4	90,50 bz
Rhein Nahebahn	4	10,50 bz
Stargard-Posen	4½	100,50 bz G
Thüringische	4	114,00 bz G
do. Litt. B. v. St. gar.	4	87,75 G
do. Litt. C. v. St. gar.	4½	99,00 G
Weimar Geraer	4½	40,75 bz
Albrechtsbahn	5	18,80 bz
Amsterdam Rotterd.	4	109,25 bz
Aussig Teplitz	4	97,00 bz G
Baltische	3	
Böhm Westbahn	5	84,00 bz
Brest-Grajewo	4	28,00 bz G
Brest Kiew	4	56,90 bz
Dux-Bodenbach	4	10,60 G
Elisabeth-Westbahn	5	74,00 bz
Kaiser Franz Joseph	5	68,20 bz
Galiz. Karl Ludwig)	5	89,50 bz
Gotthard Bahn	6	58,00 G
Kaschau Oderberg	5	52,25 bz G
Ludwigsh.-Bexbach	4	180,75 bz
Lüttich-Limburg	4	15 00 bz B
Mainz Ludwigsburg	4	96,30 bz
Oberhess. v. St. gar	3½	72,75 bz
Oestr. frz Staatsbahn	4	
do Nordwestbahn	5	250,50 bz
do. Litt. B.	5	92,75 G
Reichenb. Pardubitz	4½	59,00 bz
Kronpr Rudolfsbahn	5	54,50 bz G
Rjask Wyas	5	
Rumänier	4	27,75 bz
Russische Staatsbahn	5	104,80 bz
Schweizer Unionbahn	4	4,25 bz G
Schweizer Westbahn	4	11,50 bz G
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau Prag	4	44,50 bz
Vorarlberger	5	50,10 bz
Warschau Wien	4	225,10 G

Eisenbahn-Stammprioritäten

Altenburg Zeitz	5	
Berlin Dresden	5	72,75 bz
Berlin-Görlitzer	5	66,75 bz
Berliner Nordbahn	fr.	1,20 G
Breslau Warschau	5	23,25 G
Chemn.-Aue-Adorf	5	21,80 G
Crefeld K. Kempen	fr.	
Gera-Plauen	5	
Halle Sorau-Guben	5	14,00 bz
Hannover-Altenbek.	5	23,00 G
do. II. Serie	5	
Leipz. Gaschw.-Ms.	5	
Märkisch Posen	5	62,50 G
Magdeb. Halberst. B.	3½	53,50 bz B
do do C	5	83,00 G
Münster-Enschede	5	
Nordhausen-Erfurt	5	24 00 bz B
Oberlausitzer	5	38,00 bz
Ostpreuß. Südbahn	5	68,75 G
Rechte Oderufer Bahn	5	107,75 bz
Rheinische	4	
Rumänische	8	83,25 bz
Saalbahn	5	20,00 G
Saal Unstrutbahn	5	02,25 G
Tilsit Insterburg	5	66,75 G
Weimar-Geraer	5	22,50 G

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach. Mastricht	4½	90,75 G
do. do. II.	5	
do do. III.	5	
Berg.-Märkische I	4½	99,00 G
do. II.	3½	99,00 G
do. III. v. St. g	3½	84,75 B
do. do. Litt. B.	3½	84,57 bz B
do. do. Litt. C	3½	74,75 bz B
do. IV.	4½	96,25 G
do. V	4½	96,25 G
do. VI	4½	96,75 bz
do VII.	5	101,50 bz
Aachen-Düsseldorf I	4	88,25 G
do. do. II	4	88,25 G
do. do III	4½	
do Düss Elb. Pr	4	
do. do. II.	4½	
do. Dortmd.-Soest	4	89,00 B
do. do. II	4½	
do Nordb. Fr. W.	5	101,90 bz
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	
do. do. II.	4	
do. do III.	4½	94,50 G
Berlin-Anhalt	4	
do.	4½	99,00 G
do. Litt. B.	4½	97,00 B
Berlin-Görlitz	5	
do do	4½	
Berlin-Hamburg	4	
do. do. II.	4	
do. do. III.	5	103,75 bz
Berl.-Potsd. M. A. B	4	
do. do. C.	4	89,25 bz
do. do. D.	4½	95,00 G
do. do i F.	4½	94,00 bz
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	90 75 G
do do. III.	4	90,75 bz G
do. IV. v. St. g.	4½	102,50 bz
do. VI. do.	4	90,75 B
do VII.	4½	95,50 B
Bresl.-Schw.-Freibrg.	4½	94,75 B
do. do. Litt. G	4½	94,00 bz G
do. do. Litt. H.	4½	92,50 bz
do. do. Litt. I.	4	89,50 bz
Cöln-Minden IV.	4	91,50 bz B
do. do. V	4	
do. do. VI.	4½	96,20 bz
Halle-Sorau Guben	5	96,50 bz
do. do II.	5	92,50 bz
Hannov.-Altenbek. I	4½	90,00 G
do. do. II	4½	90,00 B
do. do. III	4½	83,50 B
Märkisch-Posener	5	101,50 bz
Magdeb.-Halberstadt	4½	98,00 G
do. do. de 1865	4½	93,40 B
do. do. de 1873	4½	89,00 B
do. Leipzig de 1867	4½	99,00 bz B
do. do. de 1873	4½	98,50 bz G
do. Wittenberge	3	70,75 G
do. do.	4½	91,30 G
Niederschles.-Märk. I.	4	96,25 B
do. II a 62½ thlr.	4	95,00 G
do. Obl. I. u II	4	96,25 B
do. do. III conv	4	95,00 bz
Nordhausen-Erfurt I.	5	
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C	4	
do. D.	4	91,30 bz G
do. E.	3½	86,00 bz G
do. F.	4½	99,90 B
do. G.	4½	97,25 bz G
do. H.	4½	101,00 bz
do. v. 1869	5	103,10 bz
do v. 1873	4	
Oberschles. v. 1874	4½	96,80 B
do. Brieg Neisse	4½	97,50 bz
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	102,60 G
do. Niedsch. Zwgb.	3½	75,25 bz G
do. Starg. Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Ostpreuß. Südbahn	5	101,60 bz
do. Litt. B.	5	
do. Litt. C.	5	
Rechte-Oder-Ufer	5	102,60 bz
Rheinische	4	93,00 B
do. v. St. gar.	3½	
do. von 1858, 60	4½	97,75 bz
do von 1862, 64	4½	97,50 bz
do. v 1865	4½	97,50 bz
do. 1869, 71, 73	5	102,40 B
do. v. 1874	5	
Rh. Nahe. v. St. g.	4½	101,50 bz
do. II. do.	4½	
Schlesw.-Holstein	4½	
Thüringer I.	4	
do. II.	4½	
do. III	4	
do. V.	4½	99,50 bz B
do. VI.	4½	99,40 B

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	80,50 G
Gal. Karl-Ludwig. I.	5	88,20 bz
do. do. II.	5	86,00 G
do. do. III.	5	84,00 B
do. do. IV.	5	83,75 bz
Lemberg Czernow. I	5	70,20 G
do. II.	5	72,25 bz G
do. III.	5	66,25 B
do. IV.	5	63 25 bz G
Mähr.-Schles. Ctrlb.	fr.	29,50 G
Mainz-Ludwigshafen	5	102,50 bz
do. do	4½	97,90 G
Oesterr.-Franz. Stsb.	3	317,30 G
do. Ergänzungsn.	3	310 bz G
Oesterr. Franz. Stsb.	5	97,50 bz G
do II. Em.	5	97,50 bz G
Oesterr. Nordwestb.	5	83,50 bz G
Oest. Nrdwstb. Litt. B.	5	67,10 bz G
do. Goldpriorität.	5	
Kronpr. Rud Bahn	5	74,75 bz G
do. do. 1869	5	72,75 bz G
do. do. 1872	5	72,60 G
Rab-Graz Pr.-A.	4	80,00 B
Reichenb. Pardubitz.	5	79,00 bz G
Südösterr. (Lomb)	3	236,80 G
do. do. neue	3	235,30 G
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	100,80 G
do. do. 1877	6	101,50 G
do. do. 1878	6	103 00 G
do. do. Oblig.	5	80,60 bz G
Baltische, gar.	5	88,50 G
Brest Grajewo	5	81,00 bz G
Charkow Asow. g.	5	
do. in Lstr. a 20 40	5	
Charkow. Krementsch	5	96,25 B
Jelez Orel, gar.	5	96,25 bz G
Jelez Woron., gar.	5	
Koslow.-Woron	5	98,00 B
Koslow. Woron Obl.	5	88 25 bz
Kursk. Chark. gar.	5	96,60 bz
K. Chark.-As. (Obl)	5	94,25 bz
Kursk.-Kiew, gar.	5	97,50 bz G
Losowo Sewast	5	94,75 bz
Mosco-Rjäsan, g.	5	100,30 G
Mosk.-Smolensk	5	96,00 G
Schuja Iwanowo	5	95 90 G
Warschau Teresp.	5	95,75 bz
do kleine	5	95,75 bz
Warschau Wien II.	5	98,00 B
do. III	5	95,75 bz
do. IV.	5	92,80 B
Zarskoe-Selo	5	87,00 G

Druck und Verlag von W. Decker u. Comp. (E. Röstel) in Posen.